



Staatsanzeiger

für Rheinland-Pfalz

Amtliche Bekanntmachungen

MONTAG, DEN 5. NOVEMBER 2018

STAATSANZEIGER

NR. 41 / SEITE 1081

INHALT

Seite

Seite

Seite

Staatskanzlei

Erteilung eines Exequaturs
an Herrn Khalid Bader Th Almutairi,
Generalkonsul des Staates Kuwait
in Frankfurt am Main1082

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Einladung
zur Gründungsveranstaltung
der Organisation zur Verwaltung
herkunftsgeschützter Weinnamen
für das Weinanbaugebiet Mittelrhein
(Schutzgemeinschaft Mittelrhein)
am Donnerstag, den 13. Dezember 2018,
um 13.00 Uhr, BWV
Rheinland-Nassau, 56073 Koblenz,
Karl-Tesche-Straße 31082

Einladung
zur Gründungsveranstaltung
der Organisation zur Verwaltung
herkunftsgeschützter Weinnamen
für das Weinanbaugebiet Mosel
(Schutzgemeinschaft Mosel) am
Donnerstag, den 13. Dezember 2018,
um 16.00 Uhr, BWV Rheinland-Nassau,
56073 Koblenz, Karl-Tesche-Straße 3 ...1082

Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Urkunde
über die Veränderung der Evangelischen
Kirchengemeinde Birkenfeld
durch Angliederung der
Evangelischen Kirchengemeinde
Ellweiler1082

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord

Bekanntgabe gemäß § 5 Abs. 2
des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

(Antragsteller: KNE Kommunale Netze
Eifel AöR, Michelbach 1,
54595 Prüm)1083

Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd

Regelung der Artenschonzeit
für die Regenbogenforelle
in geschlossenen Gewässern1083

Sonstige Veröffentlichungen

Auflösung des Vereins
1. Budo-Club Bechtheim e. V.1083

Bekanntmachung gemäß § 3 a
des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
(Ausbau der B 257 und L 37 in Badem,
Dauner Straße und Gindorfer Straße
mit Umgestaltung des Knotenpunktes
der B 257 / L 37 / K 91
zu einem Kreisverkehrsplatz)1083

Bekanntmachung gemäß § 3 a
des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
(Ausbau der B 410
zwischen Wutzerath und Pronsfeld,
1. Bauabschnitt, Bestandsausbau
der freien Strecke zwischen
Wutzerath und Pittenbach)1083

Bekanntmachung gemäß § 3 a
des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
(Ausbau der K 183
in der Ortslage Niederlauch)1084

Bekanntmachung gemäß § 3 a
des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
(Rutschungsbeseitigung entlang
der L 1 zwischen Dillingerbrück
und Wallendorf)1084

Bekanntmachung gemäß § 3 a
des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
(Rutschungsbeseitigung entlang
der L 2 zwischen Idenheim und
Auw an der Kyll)1084

Öffentliche Bekanntmachung
des Zweckverbandes
„Schulverband Schule
mit dem Förderschwerpunkt
motorische Entwicklung“
(Sitzung der Verbandsversammlung)1084

Öffentliche Bekanntmachung
des Zweckverbandes
„Schulverband Schule
mit dem Förderschwerpunkt
motorische Entwicklung“
Einsichtnahme in den Entwurf
der Haushaltssatzung 2019 und seinen
Anlagen sowie der Möglichkeit
zur Einreichung von Vorschlägen1084

Auflösung des Vereins
„Förderverein Experimentelles
Software Engineering e.V.
(FESE e.V.)“1084

Öffentliche Bekanntmachung
der Planungsgemeinschaft Westpfalz
(Haushaltssatzung 2019)1084

Öffentliche Bekanntmachung
des Verbandes Region Rhein-Neckar
(51. Sitzung des Planungsausschusses) ...1085

Auflösung des Vereins
VfB Rotenstein Münchweiler e.V.1085

Öffentliche Ausschreibungen1085

Stellenausschreibungen1086

Bekanntmachungen der Gerichte1098

Staatskanzlei

4659.

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Khalid Bader Th Almutairi, Generalkonsul des Staates Kuwait in Frankfurt am Main

Bekanntmachung der Staatskanzlei
vom 18. Oktober 2018 (0132-4#2018/5)

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung des Staates Kuwait in Frankfurt am Main ernannten Herrn Khalid Bader Th Almutairi am 8. Oktober 2018 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Dherar Naser I Alnajarn Altu-Wairji, am 11. Dezember 2015 erteilte Exequatur ist erloschen.

Der Konsularbezirk umfasst auch das Land Rheinland-Pfalz.

Mainz, den 18. Oktober 2018

Die Ständige Vertreterin
des Chefs der Staatskanzlei
Inge Degen

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

4660.

Einladung zur Gründungsveranstaltung der Organisation zur Verwaltung herkunftsgeschützter Weinnamen für das Weinanbaugebiet Mittelrhein (Schutzgemeinschaft Mittelrhein) am Donnerstag, den 13. Dezember 2018, um 13.00 Uhr, BWV Rheinland-Nassau, 56073 Koblenz, Karl-Tesche-Straße 3

Tagesordnung:

- TOP 1: Eröffnung und Begrüßung
- TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 3: Vorstellung der Satzung
- TOP 4: Beschluss der Satzung
- TOP 5: Wahlen der Vertreter in die
Vertreterversammlung
- TOP 6: Wünsche und Anträge

Nach § 22g Abs. 1 des Weingesetzes i. V. m. § 9d der Landesverordnung zur Durchführung des Weinrechts können für Anbaugebiete und Landweingebiete Organisationen zur Verwaltung herkunftsgeschützter Weinnamen (Schutzgemeinschaften) vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau anerkannt werden. Die Anerkennung ist möglich, wenn die Mitglieder der Organisation über mindestens zwei Drittel der Weinbergflächen verfügen und auf sie mindestens zwei Drittel der Weinerzeugung entfallen. In der Versammlung soll die Gründung einer Schutzgemeinschaft für das Anbaugebiet „Mittelrhein“ und das Landweingebiet „Rheinburgen Landwein“ erfolgen.

Im Anschluss an die Gründungsveranstaltung findet die erste Vertreterversammlung der Organisation zur Verwaltung herkunftsgeschützter Weinnamen für das Anbaugebiet Mittelrhein (Schutzgemeinschaft Mittel-

rhein) statt. In dieser soll der Vorstand der Schutzgemeinschaft gewählt werden.

Die Interessen der Mitglieder der Schutzgemeinschaft können repräsentativ durch ihre Verbände vertreten werden. Betriebe oder Unternehmen, die sich nicht durch die Verbände vertreten lassen möchten, legen zur sachgerechten Vorbereitung und der Gewährleistung eines reibungslosen Verlaufs der Veranstaltung schriftlich geeignete Nachweise vor. Als geeignete Nachweise wird beispielsweise bei Weinbaubetrieben die aktuelle Änderungsmeldung zur EU-Weinbaukartei angesehen.

Der Satzungsentwurf der Organisation zur Verwaltung herkunftsgeschützter Weinnamen für das Weinanbaugebiet Mittelrhein steht auf den Internetseiten des Weinbauverbandes (www.bwv-net.de) zum Herunterladen bereit und kann auch in der Geschäftsstelle des Verbandes eingesehen werden.

Heinz-Uwe Fetz
Weinbauverband Mittelrhein
im Bauern- und Winzerverband
Rheinland-Nassau e.V.

4661.

Einladung zur Gründungsveranstaltung der Organisation zur Verwaltung herkunftsgeschützter Weinnamen für das Weinanbaugebiet Mosel (Schutzgemeinschaft Mosel) am Donnerstag, den 13. Dezember 2018, um 16.00 Uhr, BWV Rheinland-Nassau, 56073 Koblenz, Karl-Tesche-Straße 3

Tagesordnung:

- TOP 1: Eröffnung und Begrüßung
- TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 3: Vorstellung der Satzung
- TOP 4: Beschluss der Satzung
- TOP 5: Wahlen der Vertreter in die
Vertreterversammlung, getrennt nach
den Interessengruppen Weinbau,
Genossenschaften und
Weinkellereien, auf Vorschlag der
Interessengruppen
- TOP 6: Wünsche und Anträge

Nach § 22g Abs. 1 des Weingesetzes i. V. m. § 9d der Landesverordnung zur Durchführung des Weinrechts können für Anbaugebiete und Landweingebiete Organisationen zur Verwaltung herkunftsgeschützter Weinnamen (Schutzgemeinschaften) vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau anerkannt werden. Die Anerkennung ist möglich, wenn die Mitglieder der Organisation über mindestens zwei Drittel der Weinbergflächen verfügen und auf sie mindestens zwei Drittel der Weinerzeugung entfallen. In der Versammlung soll die Gründung einer Schutzgemeinschaft für das Anbaugebiet „Mosel“ und die Landweingebiete „Landwein der Mosel“, „Landwein der Saar“ und „Landwein der Ruwer“, erfolgen.

Im Anschluss an die Gründungsveranstaltung findet die erste Vertreterversammlung der Organisation zur Verwaltung herkunftsgeschützter Weinnamen für das Anbaugebiet Mosel (Schutzgemeinschaft Mosel) statt. In dieser soll der Vorstand der Schutzgemeinschaft gewählt werden.

Die Schutzgemeinschaft setzt sich aus den Interessengruppen Weinbau, Genossenschaften und Kellereien zusammen. Die Interessen der Mitglieder der Schutzgemeinschaft können repräsentativ durch die jeweiligen Verbände vertreten werden. Verbände der Weinwirtschaft haben die Organisation zur

Bildung der Schutzgemeinschaften übernommen, wobei die Interessengruppe Weinbau durch den Weinbauverband Mosel im Bauern- und Winzerverband Rheinland-Nassau e.V. vertreten wird, die Interessengruppe Genossenschaften durch den Genossenschaftsverband - Verband der Regionen e.V. und die Interessengruppe Kellereien durch den Verband der Weinkellereien Mosel e.V. im Bund der Weinkellereiverbände Rheinland-Pfalz.

Betriebe oder Unternehmen, die sich nicht durch die o.g. Verbände vertreten lassen möchten, legen zur sachgerechten Vorbereitung und der Gewährleistung eines reibungslosen Verlaufs der Veranstaltung schriftlich geeignete Nachweise der Zugehörigkeit zu einer der Interessengruppen zur Vorbereitung der Wahlhandlung bis zum 10. Dezember 2018 bei einer der drei Verbände vor. Als geeignete Nachweise wird beispielsweise bei Weinbaubetrieben die aktuelle Änderungsmeldung zur EU-Weinbaukartei und bei Kellereien die Weinerzeugungsmeldung aus fremden Erzeugnissen angesehen.

Der Satzungsentwurf der Organisation zur Verwaltung herkunftsgeschützter Weinnamen für das Weinanbaugebiet Mosel steht auf den Internetseiten des Weinbauverbandes (www.bwv-net.de), des Genossenschaftsverbandes (www.genossenschaftsverband.de) sowie des Kellereiverbandes (www.bundesverband-weinkellereien.de) zum Herunterladen bereit und kann auch in den Geschäftsstellen der Verbände eingesehen werden.

Rolf Haxel
Weinbauverband Mosel
im Bauern- und Winzerverband
Rheinland-Nassau e.V.

Henning Seibert
Genossenschaftsverband -
Verband der Regionen e.V.

Johannes Hübinger
Verband der Weinkellereien Mosel e.V.
im Bund der Weinkellereiverbände
Rheinland-Pfalz

Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

4662.

Urkunde über die Veränderung der Evangelischen Kirchengemeinde Birkenfeld durch Angliederung der Evangelischen Kirchengemeinde Ellweiler

Nach Anhören der Beteiligten wird aufgrund von Artikel 11 Abs. 1 der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland in Verbindung mit § 2 Abs. 2 der Dienstordnung für das Landeskirchenamt Folgendes festgesetzt:

Artikel 1

- (1) Die Evangelische Kirchengemeinde Birkenfeld wird mit Wirkung vom 1. Januar 2019 durch Angliederung der Evangelischen Kirchengemeinde Ellweiler verändert.
- (2) Mit Ablauf des 31. Dezember 2018 wird die Evangelische Kirchengemeinde Ellweiler aufgehoben.
- (3) Die Evangelische Kirchengemeinde Birkenfeld ist Gesamtrechtsnachfolgerin der Evangelischen Kirchengemeinde Ellweiler.

Artikel 2

Das Gebiet der Evangelischen Kirchengemeinde Birkenfeld umfasst nach Angliederung der Evangelischen Kirchengemeinde Ellweiler die Kommunalgemeinden Birkenfeld, Buhlenberg, Dienstweiler, Ellenberg, Ellweiler, Gollenberg, Hoppstädten-Weiersbach und Rinzenberg in den derzeit gültigen kommunalen Grenzen.

Artikel 3

Die Evangelische Kirchengemeinde Birkenfeld gehört zum Kirchenkreis Obere Nahe.

Artikel 4

Die Evangelische Kirchengemeinde Birkenfeld hat zwei Pfarrstellen.

Das Gebiet der Evangelischen Kirchengemeinde Ellweiler wird dem 1. Pfarrbezirk der Evangelischen Kirchengemeinde Birkenfeld zugeordnet.

Artikel 5

In der Evangelischen Kirchengemeinde Birkenfeld ist der Kleine Katechismus D. Martin Luthers in Gebrauch.

Artikel 6

Die Veränderung der Evangelischen Kirchengemeinde Birkenfeld durch Angliederung der Evangelischen Kirchengemeinde Ellweiler wird mit Wirkung vom 1. Januar 2019 wirksam.

Die Aufhebung der Evangelischen Kirchengemeinde Ellweiler wird mit Ablauf des 31. Dezember 2018 wirksam.

Düsseldorf, den 17. Oktober 2018

Das Landeskirchenamt

Vorstehende Urkunde über die Veränderung der Evangelischen Kirchengemeinde Birkenfeld durch Angliederung der Evangelischen Kirchengemeinde Ellweiler der Evangelischen Kirche im Rheinland vom 17. Oktober 2018 wird hiermit bekannt gemacht.

Mainz, den 23. Oktober 2018

Ministerium für Wissenschaft,
Weiterbildung und Kultur
Im Auftrag
Helmut Burkhardt

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord

4663.

Bekanntgabe gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPg) (Antragsteller: KNE Kommunale Netze Eifel AöR, Michelbach 1, 54595 Prüm)

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Stresemannstraße 3 - 5, 56068 Koblenz, gibt als zuständige Obere Wasserbehörde bekannt:

Die KNE Kommunale Netze Eifel AöR, vertreten durch den Vorstand, Michelbach 1, 54595 Prüm, beantragt die Plangenehmigung für die Errichtung und den Betrieb einer Wasserfernleitung zwischen dem Hochbehälter Bleialf (Verbandsgemeinde Prüm, Eifelkreis Bitburg-Prüm) bis zum Anschluss an die bestehende Wasserleitung bei Newel (Verbandsgemeinde Trier-Land, Landkreis Trier-Saarburg). Im Rahmen des hierfür unter dem Aktenzeichen 312-88-232-01/2014 geführten Plangenehmigungsverfahrens wird

keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Die im Rahmen des Verfahrens erfolgte Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 Abs. 1 UVPg hat ergeben, dass das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann.

Die wesentlichen Gründe für das Nichtbestehen der UVP-Pflicht können im Internetangebot der SGD Nord (www.sgd-nord.rlp.de) unter dem Link „Bekanntmachungen“ nachgelesen werden.

Koblenz, den 24. Oktober 2018

Struktur- und
Genehmigungsdirektion Nord
Im Auftrag
Klaus Kälberer

Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd

4664.

Regelung der Artenschonzeit für die Regenbogenforelle in geschlossenen Gewässern

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd erlässt zur Fischereiausübung nach § 22 Abs. 1 Landesfischereiordnung in geschlossenen Fischgewässern in ihren Zuständigkeitsbereichen nachstehende

Allgemeinverfügung:

1. Abweichend von § 20 Abs. 1 Landesfischereiordnung wird die Artenschonzeit der Regenbogenforelle in geschlossenen Gewässern aufgehoben.
2. Diese Ausnahme gilt für jedes geschlossene Gewässer im Zuständigkeitsbereich der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd i.S. des § 22 Abs. 1 Landesfischereiordnung.
3. Diese Ausnahme ist zeitlich befristet bis zum 15. März 2019.
4. Die Entscheidung ergeht kostenfrei.

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Friedrich-Ebert-Straße 14, 67433 Neustadt an der Weinstraße, schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur zu versehen.

Die elektronische Form wird durch eine qualifiziert signierte Datei gewahrt, die nach den Maßgaben der Landesverordnung über den elektronischen Rechtsverkehr in Rheinland-Pfalz (ERVLVO) vom 10. Juli 2015 (GVBl. S. 175) in der jeweils geltenden Fassung zu übermitteln ist.

Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die im Internet unter <https://sgdsued.rlp.de/de/service/elektronische-kommunikation/> aufgeführt sind.

Neustadt an der Weinstraße,
den 15. Oktober 2018

Struktur- und
Genehmigungsdirektion Süd
Prof. Dr. Hans-Jürgen Seimetz
Präsident

Sonstige Veröffentlichungen

4665.

Auflösung des Vereins 1. Budo-Club Bechtheim e. V.

Der Verein 1. Budo-Club Bechtheim e. V. ist aufgelöst. Seine Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei den Liquidatoren: Dieter Biegi und Wilfriede Biegi, Rieslingstraße 1, 67595 Bechtheim, anzumelden.

Bechtheim, den 29. Oktober 2018

Die Liquidatoren

4666.

Bekanntmachung gemäß § 3 a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPg) (Ausbau der B 257 und L 37 in Badem, Dauner Straße und Gindorfer Straße mit Umgestaltung des Knotenpunktes der B 257 / L 37 / K 91 zu einem Kreisverkehrsplatz)

Der Landesbetrieb Mobilität Gerolstein beabsichtigt, zur Verbesserung und Erhöhung der Verkehrssicherheit den Ausbau der B 257 und L 37 in Badem, Dauner Straße und Gindorfer Straße mit Umgestaltung des Knotenpunktes B 257 / L 37 / K 91 zu einem Kreisverkehrsplatz durchzuführen (Verbandsgemeinde Bitburger Land, Eifelkreis Bitburg-Prüm).

Die Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3 c UVPg hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPg für das o. a. Vorhaben nicht erforderlich ist, da von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 3 a Satz 3 UVPg nicht selbstständig anfechtbar ist.

Gerolstein, den 22. Oktober 2018

Landesbetrieb Mobilität
Gerolstein
Harald Enders

4667.

Bekanntmachung gemäß § 3 a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPg) (Ausbau der B 410 zwischen Wutzerath und Pronsfeld, 1. Bauabschnitt, Bestandsausbau der freien Strecke zwischen Wutzerath und Pittenbach)

Der Landesbetrieb Mobilität Gerolstein beabsichtigt, die B 410 im Bestandsausbau auf einer Länge von insgesamt 1,0 km zu erneuern. Es ist erforderlich, die talseitige Böschung mit Geogitter auszubilden, um diese zu sichern und die erforderliche Bankettbreite von 1,50 m zur Anbringung von Schutzplanken zu erreichen (Verbandsgemeinde Prüm, Eifelkreis Bitburg-Prüm).

Die Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3 c UVPg hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPg für das o. a. Vorhaben nicht erforderlich ist, da von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist.

Gerolstein, den 22. Oktober 2018

Landesbetrieb Mobilität
Gerolstein
Harald E n d e r s

4668.

**Bekanntmachung gemäß § 3 a
des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)**
(Ausbau der K 183
in der Ortslage Niederlauch)

Der Landesbetrieb Mobilität Gerolstein beabsichtigt, im Auftrag des Eifelkreises Bitburg-Prüm die K 183 „Hauptstraße“ innerhalb sowie teilweise außerhalb der Ortslage Niederlauch auf einer Länge von insgesamt ca. 1,245 km zu erneuern (Verbandsgemeinde Prüm, Eifelkreis Bitburg-Prüm).

Die Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3 c UVPG hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPG für das o. a. Vorhaben nicht erforderlich ist, da von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist.

Gerolstein, den 22. Oktober 2018

Landesbetrieb Mobilität
Gerolstein
Harald E n d e r s

4669.

**Bekanntmachung gemäß § 3 a
des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)**
(Rutschungsbeseitigung entlang der L 1
zwischen Dillingerbrück und Wallendorf)

Der Landesbetrieb Mobilität Gerolstein beabsichtigt, aufgrund von Hangrutschungen eine teilweise Fahrbahnsanierung der L 1 zwischen Dillingerbrück und Wallendorf in Verbindung mit der Wiederherstellung und Stabilisierung der rutschenden talseitigen Böschungen im Streckenabschnitt zwischen ca. km 6+750 und ca. km 6+900 durchzuführen (Verbandsgemeinde Südeifel, Eifelkreis Bitburg-Prüm).

Die Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3 c UVPG hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPG für das o. a. Vorhaben nicht erforderlich ist, da von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist.

Gerolstein, den 22. Oktober 2018

Landesbetrieb Mobilität
Gerolstein
Harald E n d e r s

4670.

**Bekanntmachung gemäß § 3 a
des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)**
(Rutschungsbeseitigung entlang der L 2
zwischen Idenheim und Auw an der Kyll)

Der Landesbetrieb Mobilität Gerolstein beabsichtigt, aufgrund von Hangrutschungen eine teilweise Fahrbahnsanierung der L 2

zwischen Idenheim und Auw an der Kyll in Verbindung mit der Wiederherstellung und Stabilisierung der rutschenden talseitigen Böschungen im Streckenabschnitt zwischen ca. km 4+050 und ca. km 4+410 durchzuführen (Verbandsgemeinden Bitburger Land und Speicher, Eifelkreis Bitburg-Prüm).

Die Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3 c UVPG hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPG für das o. a. Vorhaben nicht erforderlich ist, da von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist.

Gerolstein, den 22. Oktober 2018

Landesbetrieb Mobilität
Gerolstein
Harald E n d e r s

4671.

**Öffentliche Bekanntmachung
des Zweckverbandes
„Schulverband Schule
mit dem Förderschwerpunkt
motorische Entwicklung“**
(Sitzung der Versammlung)

Am Dienstag, dem 27. November 2018 findet um 17.00 Uhr in der Schule mit dem Förderschwerpunkt motorische Entwicklung, Maria-Montessori-Straße 2, 55268 Nieder-Olm, im Lehrerzimmer (EG), eine öffentliche Sitzung der Versammlung des Zweckverbandes „Schulverband Schule mit dem Förderschwerpunkt motorische Entwicklung“ mit folgender Tagesordnung statt:

Öffentlicher Teil

1. Entlastung des Verbandsvorsitzenden für das Haushaltsjahr 2017
2. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019
3. Einrichtung einer Stelle für Schulsozialarbeit an der Liesel-Metten-Schule
4. Erhöhung der Arbeitszeit einer Schulsekretärin zur Unterstützung der Geschäftsführung des Zweckverbandes „Schulverband Schule mit dem Förderschwerpunkt motorische Entwicklung“

Nicht öffentlicher Teil

5. Mitteilungen / Verschiedenes

Ingelheim, den 22. Oktober 2018

Zweckverband
„Schule mit dem Förderschwerpunkt
motorische Entwicklung“
- Sitz Ingelheim -
Geschäftsstelle:
Kreisverwaltung Mainz-Bingen
Dorothea S c h ä f e r
Verbandsvorsitzende

4672.

**Öffentliche Bekanntmachung
des Zweckverbandes
„Schulverband Schule
mit dem Förderschwerpunkt
motorische Entwicklung“**
**Einsichtnahme in den Entwurf
der Haushaltssatzung 2019 und seinen
Anlagen sowie der Möglichkeit
zur Einreichung von Vorschlägen**

Der Zweckverband hat einen Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 und seinen Anlagen erstellt und den

Verbandsmitgliedern am 5. November 2018 zugeleitet.

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 mit seinen Anlagen liegt ab dem 6. November 2018 in den Geschäftsräumen des Verbandes in Ingelheim, Georg-Rückert-Straße 11, Zimmer 342, während der allgemeinen Sprechzeiten bis zum 20. November 2018 zur Einsichtnahme aus.

Die Einwohnerinnen und Einwohner des Kreises Mainz-Bingen, des Kreises Alzey-Worms und der Stadt Mainz, haben die Möglichkeit, gemäß den gesetzlichen Vorgaben, bis zum 20. November 2018 Vorschläge zum Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2019 mit dem Haushaltsplan 2019 einzureichen. Die Vorschläge sind schriftlich bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen, Bürgerbüro, Georg-Rückert-Straße 11, 55218 Ingelheim am Rhein, oder elektronisch an hill.tanja@mainz-bingen.de einzureichen.

Für Rückfragen steht Ihnen Frau Hill (Tel.: 06133 787-2222), gerne zur Verfügung.

Ingelheim, den 22. Oktober 2018

Zweckverband
„Schule mit dem Förderschwerpunkt
motorische Entwicklung“
- Sitz Ingelheim -
Geschäftsstelle:
Kreisverwaltung Mainz-Bingen
Dorothea S c h ä f e r
Verbandsvorsitzende

4673.

**Auflösung des Vereins
„Förderverein Experimentelles
Software Engineering e.V. (FESE e.V.)“**

Der Verein „Förderverein Experimentelles Software Engineering e.V. (FESE e.V.)“ mit Sitz in Kaiserslautern ist aufgelöst. Seine Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei dem Liquidator: Dennis Müller, Scheckersgraben 11, 67735 Mehlbach, anzumelden.

Kaiserslautern, den 22. Oktober 2018

Der Liquidator

4674.

**Öffentliche Bekanntmachung
der Planungsgemeinschaft Westpfalz
(Haushaltssatzung 2019)**

Die Regionalvorstand der Planungsgemeinschaft Region Westpfalz hat am 17. Oktober 2018 den Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2019 als Beschlussempfehlung an die Regionalvertretung beschlossen. Gemäß § 97 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GemO) Rheinland-Pfalz wird der Haushaltsentwurf für die Dauer von 14 Tagen ab dem Zeitpunkt dieser Veröffentlichung öffentlich ausgelegt und kann während der genannten Zeiten des Publikumsverkehrs eingesehen werden bei der

Geschäftsstelle der Planungsgemeinschaft Westpfalz, Bahnhofstraße 1, 67655 Kaiserslautern, Raum 3.38 (Sekretariat), Mo. bis Do. 9.00 - 12.00 Uhr und 14.00 - 15.30 Uhr, Fr. 9.00 - 12.00 Uhr.

Der Haushaltsentwurf ist auch im Internet unter <http://www.westpfalz.de> (Bereich „Veröffentlichung“) digital zur Einsichtnahme bereitgestellt.

Anregungen und Hinweise können innerhalb der Auslegungsfrist schriftlich oder elektronisch gegenüber der Planungsgemeinschaft Westpfalz, Bahnhofstraße 1, 67655 Kaisers-

lautern, E-Mail: info@westpfalz.de, vorgebracht werden. Später vorgebrachte Einwendungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Rechtsansprüche werden durch die Beteiligung der Öffentlichkeit nicht begründet.

Kaiserslautern, den 24. Oktober 2018

Planungsgemeinschaft Westpfalz
Der Vorsitzende
Oberbürgermeister Dr. Klaus Weichel

4675.

Öffentliche Bekanntmachung des Verbandes Region Rhein-Neckar (51. Sitzung des Planungsausschusses)

Die 51. Sitzung des Planungsausschusses des Verbandes Region Rhein-Neckar findet statt am Mittwoch, den 14. November 2018, 15.00 Uhr, in Bensheim-Auerbach, Bürgerhaus Kronepark, Darmstädter Straße 166, 64625 Bensheim-Auerbach.

Es ist folgende **Tagesordnung** vorgesehen:

1. Regionale Gewerbeflächenstudie
 - Zwischenergebnisse der Studie (mündlicher Bericht Uwe Mantik, Ci-ma)
2. Strategische Ausrichtung der integrierten Verkehrsplanung und des Verkehrsmanagement in der MRN.
hier: Arbeitsschwerpunkte 2019
3. Erreichbarkeiten und Infrastrukturengpässe im Kernraum der Metropolregion Rhein-Neckar
 - Entwicklung eines einheitlichen Verkehrsmodells
 - aktualisierte Kapazitätsanalyse der Ost-West-Verkehre
hier: Grundsatzbeschluss zum weiteren Vorgehen
4. Interkommunaler Flächennutzungsplan des Gemeindeverbandes Pays Rhénan
 - Stellungnahme des Verbandes Region Rhein-Neckar
hier: Beschlussfassung
5. Teilfortschreibung des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar Kapitel 4.1 Wohnbauflächen
 - Sachstand informelle Kommunalarunde und Implementierung des Raum + Monitors
6. Mitteilungen / Verschiedenes

Die Sitzung ist öffentlich.

Mannheim, den 5. November 2018

Verband Region
Rhein-Neckar
Stefan Dallinger
Verbandsvorsitzender

4676.

Auflösung des Vereins VfB Rotenstein Münchweiler e.V.

Der Verein VfB Rotenstein Münchweiler e.V. (VR 21671) ist aufgelöst. Seine Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei den Liquidatoren anzumelden. Die Liquidatoren sind: Christian Würz, Pirminiusstraße 17, 66981 Münchweiler, und Stefan Eichenlaub, Mühlstraße 30, 66981 Münchweiler.

Münchweiler, den 29. Oktober 2018

Die Liquidatoren

Öffentliche Ausschreibungen

4677.

Öffentliche Ausschreibung

Auftraggeber:
Landeskrankenhaus (AöR)
Vulkanstraße 58, 56626 Andernach

Vergabeverfahren: Offenes Verfahren

Art des Auftrags:
Ausführung von Bauleistungen

Ort der Ausführung:
Geriatrische Fachklinik Rheinhessen-Nahe,
55583 Bad Kreuznach

Art der Leistung:

- 301 - Erd-, Beton- und Maurerarbeiten (B 1.301)**
302 - Dachabdichtungsarbeiten (B 1.302)
303 - Gerüstbauarbeiten (B 1.303)
401 - Aufzugsanlagen (B 1.401)

Ausführung ab Februar 2019

Vollständiger Bekanntmachungstext und Anforderung der Verdingungsunterlagen bis einschließlich 5. Dezember 2018 ausschließlich über die Plattform:
www.deutsche-evergabe.de,
Angebotsabgabe ausschließlich über Plattform

4678.

Baumaßnahme:
Fraunhofer ICT-IMM Mainz

Erweiterungsbau mit Laborräumen und Technikum

Vergabenummer:
V_173_755990_09

Gewerk
Trockenbauarbeiten

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

- I.1 Bezeichnung:
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V.
Vergabestelle Bau
z. Hd. Auswählen in AO68 / AO69
Hansastraße 27c, 80686 München, Deutschland
Telefon / Telefax:
Auswählen in AO68 / AO69 /
+49 (0)89 1205 - 7518
Internet / Beschafferprofil:
www.fraunhofer.de

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

- II.1.1 Verg.Nr. - Bezeichnung:
V_173_755990_09-Trockenbauarbeiten
- II.1.2 Art des Auftrags:
Ausführung von Bauleistungen
Ausführungsort:
ICT-IMM Mainz
Carl-Zeiss-Straße 18-20,
55129 Mainz
- NUTS-Code DEB35
Maßnahme:
Erweiterungsbau mit Laborräumen und Technikum
- II.1.6 CPV-Code: 45324000-4
- II.1.8 Aufteilung in Lose: Nein
Anzahl Lose: 1
- II.1.9 Nebenangebote:
nicht zugelassen, Einschränkungen
siehe ggf. auch II.2.1
- II.2.1 Menge oder Umfang des Auftrages (ca.)
Montagewände DIN 18183:

460 m² GK-Wände 15 cm F0 40 db
 200 m² GK-Wände F0 45 db
 30 m² GK-Wände F30 45 db
 45 m² GK-Wände F90 45 db
 60 m² GK-Installationswände
 Vorsatzschale DIN 18183 : 27 m²
 Systemtrennwände verglast: 6 Stück
 ca. 460 x 280 cm mit Tür
 Mobile Trennwand: 1 Stück ca. 670 x
 330 cm mit Tür
 Abgehängte Unterdecken DIN 18168:
 770 m² GK-Unterdecken abgehängt
 F0, teilweise in Akustikausführung;
 80 m²
 GK-Unterdecken abgehängt F30
 Akustik-Baffel: 360 Stück an Befestigungsschienen

- II.3 Ausführungsfristen:
Beginn: 27. Februar 2019
Ende: 26. Juni 2019

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Information

- III.1.1 geforderte Sicherheiten:
Bürgschaften gemäß VHB-Bund
Formblatt 421 / 422 ab einer Auftrags-
höhe von 250.000,- EUR und ggf. 423
- III.1.2 Zahlungsbedingungen:
Nach VOB und Vergabeunterlagen
- III.1.3 Rechtsform der Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit be-
vollmächtigtem Vertreter
- III.1.4 Sonstige besondere Bedingungen für
die Auftragserteilung:
siehe Bekanntmachung im Supple-
ment zum Amtsblatt der Europäischen
Union
- III.2 Geforderte Nachweise:
siehe Bekanntmachung im Supple-
ment zum Amtsblatt der Europäischen
Union

Abschnitt IV: Verfahren

- IV.1 Verfahrensart:
Offenes Verfahren
- IV.2 Zuschlagskriterien:
Preis
- IV.3.1 Aktenzeichen:
V_173_755990_09-Trockenbauarbeiten
- IV.3.2 Vorinformation: - vom -
- IV.3.3 Bedingungen für den Erhalt der Ver-
gabeunterlagen:
Anforderung Unterlagen erhältlich bei:
Die Vergabeunterlagen können aus-
schließlich über das Vergabeportal der
deutschen e-Vergabe unter www.deutsche-evergabe.de abgerufen wer-
den.
- Kosten: keine
- Hinweise:
Nach § 11 EU und § 12a EU VOB/A
haben wir uns entschieden die Verga-
beunterlagen ausschließlich digital
über die Deutsche eVergabe anzubie-
ten. Wir weisen darauf hin, dass für
den Erhalt von Bieterinformationen,
der Kommunikation mit der Vergabe-
stelle und zur digitalen Abgabe eines
Angebotes eine Registrierung erfor-
derlich ist. Das Risiko bei einer Nicht-
registrierung liegt beim Bewerber/
Bieter. Das Vergabeverfahren finden
Sie hier: http://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off
- IV.3.6 Sprache in der das Angebot abzufas-
sen ist: deutsch
- IV.3.7 Bindefrist des Angebots:
Datum: 2. Februar 2019

IV.3.8 Angebotseröffnung:

Datum: 4. Dezember 2018

Uhrzeit: 11.00 Uhr

Ort: siehe Vergabeunterlagen

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: keine

Abschnitt VI: andere Informationen

VI.3 Zusätzliche Angaben:

Diese Bekanntmachung enthält nur die wichtigsten Angaben. Die vollständige Bekanntmachung ist über das Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union abrufbar.

VI.4 Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren (gem. § 21 EU VOB/A):

Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt, Villemombler

Straße 76, 53123 Bonn

VI.5 Tag der Absendung dieser Bekanntmachung an das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union:

26. Oktober 2018

Stellenausschreibungen

4679.

Der LANDESBEAUFTRAGTE FÜR DEN DATENSCHUTZ UND DIE INFORMATIONSFREIHEIT RHEINLAND-PFALZ sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle als

Referent* (m / w / x)

im höheren Dienst. Aufgrund seiner grundrechtlichen Verankerung ist der Datenschutz eine Querschnittsmaterie und betrifft in unterschiedlichem Ausmaß nahezu alle Gebiete in Politik, Recht und Wirtschaft. Dies spiegelt sich in der Tätigkeit der Stelle wider. Diese entspricht dem breiten Aufgabenspektrum der Behörde und umfasst u. a.

- die Anwendung datenschutz- und informationsrechtlicher Vorschriften,
- die rechtliche und technische Einordnung entsprechender Sachverhalte mit Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Bezüge,
- die Bearbeitung von Eingaben,
- die Beratung von Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltungen und Unternehmen,
- die Begleitung von Gesetzgebungsverfahren,
- die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Kontrollen vor Ort,
- die Erstellung von Analysen und Kurzgutachten sowie
- Netzwerk- und Gremienarbeit.

Die konkreten Arbeitsschwerpunkte und -inhalte der Stelle werden zu einem späteren Zeitpunkt endgültig festgelegt. Voraussichtlich werden Schwerpunkte bei rechtlichen Grundsatzfragen des Datenschutzes, in der Rechtsdurchsetzung (Verwaltungsakte / Geldbußen) und auf dem Gebiet der inneren Sicherheit liegen.

Bewerben können sich Personen mit universitärem Hochschulabschluss auf dem Gebiet der Rechtswissenschaften, gerne auch mit Bezügen zur Informatik, Kommunikations- oder Sozialwissenschaft. Überdurchschnittliche

Leistungsnachweise, Examensergebnisse und Beurteilungen bzw. Arbeitszeugnisse sind wünschenswert.

Erforderlich sind weiterhin gute bis sehr gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift. Darüber hinaus erwarten wir eine weit überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft und hohe Motivation, Team- und Kommunikationsfähigkeit, Verhandlungsgeschick und Durchsetzungsvermögen sowie eine ausgeprägte Kooperationsbereitschaft. Sicherheit im Auftritt und im Umgang mit Menschen, Flexibilität, die Bereitschaft zur Fortbildung und die Fähigkeit, Auffassungen in Wort und Schrift überzeugend vertreten zu können, sind weitere Anforderungen. Wünschenswert sind Erfahrungen und Kenntnisse in der Öffentlichkeitsarbeit. Erfahrungen aus Prüfungs- und Kontrolltätigkeiten sowie Vortragstätigkeiten sind von Vorteil.

Die Tätigkeit erfordert selbstständiges Arbeiten, konzeptionelles Denken, Eigeninitiative und die Fähigkeit, sich rasch in wechselnde Aufgaben, Problemstellungen und Rechtsfragen einarbeiten zu können. Sie ist mit Dienstreisen verbunden.

Wir bieten eine verantwortungsvolle Tätigkeit an der Schnittstelle zwischen Recht, Wirtschaft und Verwaltung sowie abwechslungsreiche Aufgabenstellungen, die Arbeit im Team und einen modernen Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst. Zur Verfügung steht eine Planstelle im höheren Dienst mit Aufstiegsmöglichkeiten bis nach Besoldungsgruppe A 15. Bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen kann eine Übernahme in das Beamtenverhältnis erfolgen.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung. Bewerbungen aller Personen sind daher erwünscht. Der Landesbeauftragte unterstützt weiterhin die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Rahmenbedingungen und Maßnahmen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Dies erlaubt grundsätzlich eine Reduzierung der Regelarbeitszeit. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre schriftliche Bewerbung richten Sie bitte **bis zum 22. November 2018** an

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
„Stellenausschreibung 3/2018 - Referent*“
Hintere Bleiche 34
55116 Mainz

Weitere Auskünfte erteilt Ihnen Herr Eiermann, Tel. 06131 2082226, h.eiermann@datenschutz.rlp.de.

Bitte beachten Sie, dass die Rückgabe Ihrer schriftlich eingereichten Bewerbungsunterlagen nur dann erfolgt, wenn Sie Ihrer Bewerbung einen ausreichend frankierten Freiumschlag beifügen. Ansonsten werden Ihre

Unterlagen nach Abschluss des Auswahlverfahrens datenschutzgerecht vernichtet. Wir bitten Sie daher, keine Originale einzureichen.

Gerne können Sie Ihre Bewerbungsunterlagen auch elektronisch in verschlüsselter Form an die E-Mail-Adresse

personal@datenschutz.rlp.de

übersenden. Der öffentliche PGP-Schlüssel des Landesbeauftragten ist unter der Adresse https://www.datenschutz.rlp.de/fileadmin/lfdi/Dokumente/pubkey_lfdi-rlp.asc abrufbar. Bitte verwenden Sie als Betreff „Stellenausschreibung 3/2018 Referent*“. Ihre E-Mail sollte eine Größe von 10 MB nicht überschreiten.

Über uns:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz ist in vollständiger Unabhängigkeit als oberste Landesbehörde beim Präsidenten des Landtags Rheinland-Pfalz eingerichtet. Er nimmt die Aufgaben der Datenschutzkontrolle und der Datenschutzaufsicht wahr. Er überwacht die Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorschriften sowie des Landestransparenzgesetzes und berät den Landtag, die Landesregierung und ihre Mitglieder sowie die datenverarbeitenden Stellen in Fragen des Datenschutzes und Informationsfreiheit. Er geht Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern nach und unterstützt sie bei der Wahrnehmung Ihrer Datenschutz- und Informationsfreiheitsrechte und führt örtliche Kontrollen durch. Nähere Informationen finden Sie unter www.datenschutz.rlp.de.

4680.

Das MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ sucht für die rheinland-pfälzische Polizei zum nächstmöglichen Zeitpunkt

mehrere Volljuristinnen und Volljuristen

für das 4. Einstiegsamt in der Verwaltung bei den Polizeibehörden in Rheinland-Pfalz (Dienstorte: Koblenz, Mainz, Ludwigshafen, Trier, Kaiserslautern, Hahn-Flughafen).

Es erwartet Sie eine interessante, vielseitige und verantwortungsvolle Tätigkeit. Dazu gehört u. a. die Bearbeitung von Rechtsangelegenheiten im Bereich des öffentlichen Dienstrechts, des Zivil-, Straf- und Polizeirechts, die Vertretung des Landes vor Gericht, beispielsweise in beamtenrechtlichen Streitigkeiten oder bei der justiziellen Überprüfung polizeilicher Maßnahmen sowie die Ausbildung von Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren. Daneben lernen Sie durch Ihre juristische Tätigkeit die vielen Facetten des Polizeiberufs kennen.

Wir bieten

- eine Einstellung im Beamtenverhältnis in der Besoldungsgruppe A 13 Landesbesoldungsgesetz bei Vorliegen der persönlichen Voraussetzungen im 4. Einstiegsamt (andernfalls im

Beschäftigtenverhältnis nach TV-L, Entgeltgruppe 13)

- vielfältige Verwendungsmöglichkeiten u. a. bei den Polizeipräsidien, der Hochschule der Polizei und dem Landeskriminalamt
- die Möglichkeit der aktiven Mitgestaltung in Führungsfunktionen der Verwaltung
- die Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen wie beispielsweise flexible Arbeitszeitregelungen
- die zu besetzenden Funktionen sind grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Bei Teilzeitwünschen wird geprüft, ob diesen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Wir erwarten

- befriedigende Ergebnisse in beiden juristischen Staatsexamen
- überdurchschnittliches Engagement, Flexibilität, Selbstständigkeit, Verhandlungsgeschick und Kooperations- und Teamfähigkeit
- Bereitschaft für den Wechsel von Aufgabenbereichen und Funktionen sowie die grundsätzliche Bereitschaft zu einem Wechsel des Präsidialbereichs (familiäre Belange und persönliche Interessen finden soweit möglich Berücksichtigung).

Im Rahmen der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes strebt das Ministerium des Innern und für Sport eine weitere Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen in seinem Geschäftsbereich an und ist daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Im Bereich der rheinland-pfälzischen Polizei wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen unterstützt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen, bitte **mit Angabe der persönlichen Präferenz der Verwendung**, werden **innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung erbeten an das

**Ministerium des Innern und für Sport
- Referat 342 -
Schillerplatz 3 - 5
55116 Mainz**

oder in elektronischer Form an

Referat342@mdi.polizei.rlp.de.

Eine Rücksendung der Bewerbungsunterlagen kann nicht erfolgen. Bei schriftlicher Einsendung wird daher um Vorlage entsprechender Kopien und Abschriften gebeten. Die Unterlagen werden nach dem vollständigen Abschluss des Auswahlverfahrens datenschutzgerecht vernichtet.

4681.

Im MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU RHEINLAND-PFALZ ist in der Abteilung 4 „Innovation, Technologie“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

einer Referentin / eines Referenten (Vollzeit)

im Referat 8404 „Rohstoffwirtschaft, Geologie, Eichwesen, Wirtschaftsfragen der Energie- und Umweltpolitik“ zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfasst folgende Schwerpunkte:

- Rohstoffwirtschaft, Geologie,
- Mess- und Eichwesen und
- Innovationsförderung in den Bereichen Metall, Keramik, Kunststoff.

Wir suchen eine qualifizierte Persönlichkeit mit abgeschlossenem Hochschul- / Masterstudium in einem Ingenieurfach, im Bereich Geologie oder verwandter / vergleichbarer Fachrichtungen. Wir erwarten:

- die Fähigkeit, komplexe Sachverhalte beurteilen zu können,
- die Bereitschaft, sich in unterschiedliche Themenstellungen einzuarbeiten,
- gutes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen,
- Selbstständigkeit, ausgeprägte Kommunikations- und Teamfähigkeit,
- hohe Leistungsbereitschaft.

Kenntnisse im Verwaltungsrecht sind von Vorteil.

Die Einstellung erfolgt im Beschäftigtenverhältnis nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) bis Entgeltgruppe E 14 TV-L oder im Beamtenverhältnis bis zur Besoldungsgruppe A 14.

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“. Im Rahmen der Personalentwicklung bieten wir zusätzlich zu den gesetzlichen und tariflichen Leistungen

- bedarfsgerechte Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten,
- lebensphasenorientierte Arbeitszeit- und Telearbeitsmodelle,
- Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie
- ein betriebliches Gesundheitsmanagement.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder der sexuellen Identität. Bei entsprechender Eignung werden Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1

des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Ihre Bewerbung mit Werdegang richten Sie bitte **bis spätestens 9. November 2018** (Posteingang) an das

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
- Personalreferat, Frau Dorothy Meiß -
Stiftsstraße 9
55116 Mainz**

Bitte beachten Sie, dass wir Ihre Bewerbung aus Kostengründen nur dann zurücksenden können, wenn ein ausreichend frankierter und adressierter Rückumschlag beigefügt ist.

Kennen Sie schon das Karriereportal des Landes Rheinland-Pfalz? Alle Infos finden Sie hier: www.karriere.rlp.de

4682.

Im MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU DES LANDES RHEINLAND-PFALZ ist in der Abteilung 3 „Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsförderung“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

einer Sachbearbeiterin / eines Sachbearbeiters

im Referat 8304 „Europäische Strukturpolitik (EFRE, INTERREG A)“ zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfasst insbesondere:

- Prüfung von Interreg-Anträgen (u. a. Beurteilung von Kosten- und Finanzierungsplänen) und Koordinierung der Prüfungen durch die Fachabteilungen,
- Begleitung und Bearbeitung von Förderprojekten im Interreg A-Programm „Großregion“,
- Koordinierung und Unterstützung der rheinland-pfälzischen Ausgabenkontrolle („First-Level-Kontrolle“),
- Betreuung des Projekts „Technische Hilfe“ im Interreg A-Programm „Großregion“,
- Mitarbeit bei der Vorbereitung der Strukturfondsförderperiode 2021-2027,
- Gremienvorbereitung (Begleit- und Lenkungsausschüsse),
- Überwachung der Interreg-Haushaltsmittel des Referates.

Wir erwarten insbesondere:

- abgeschlossenes Hochschulstudium (Bachelor, Fachhochschuldiplom oder vergleichbar),
- Fähigkeit, komplexe Sachverhalte zu beurteilen und die Bereitschaft, sich in unterschiedliche Themenstellungen einzuarbeiten,
- Verständnis für die Herausforderungen in einem multinationalen und multilateralen Umfeld,
- Kenntnisse des Zuwendungs- und Haushaltsrechts,
- gute Französischkenntnisse, fundierte Englischkenntnisse,
- DV-Kenntnisse, insbesondere Word und Excel,
- gutes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen,
- Verhandlungsgeschick und Teamfähigkeit,
- selbstständiges Arbeiten,

- hohe Leistungsbereitschaft,
- Bereitschaft zu häufigen Dienstreisen.

Die Einstellung erfolgt im Beschäftigtenverhältnis nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) bis Entgeltgruppe 10 TV-L oder im Beamtenverhältnis bis zur Besoldungsgruppe A 10.

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“. Im Rahmen der Personalentwicklung bieten wir zusätzlich zu den gesetzlichen und tariflichen Leistungen

- bedarfsgerechte Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten,
- lebensphasenorientierte Arbeitszeit- und Telearbeitsmodelle,
- Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie
- ein betriebliches Gesundheitsmanagement.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder der sexuellen Identität. Bei entsprechender Eignung werden Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte **bis spätestens 9. November 2018** (Posteingang) an das

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
- Personalreferat, Frau Dorothy Meiß -
Stiftsstraße 9
55116 Mainz

Bitte beachten Sie, dass wir Ihre Bewerbung aus Kostengründen nur dann zurücksenden können, wenn ein ausreichend frankierter und adressierter Rückumschlag beigelegt ist.

Kennen Sie schon das Karriereportal des Landes Rheinland-Pfalz? Alle Infos finden Sie hier: www.karriere.rlp.de

4683.

Die ENERGIEAGENTUR RHEINLAND-PFALZ GMBH mit Sitz in KAISERSLAUTERN sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine / einen

Geschäftsführer / Geschäftsführer.

Die Energieagentur Rheinland-Pfalz ist eine hundertprozentige Landes-GmbH mit über 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie ist mit acht Regionalbüros landesweit vertreten und bietet insbesondere Kommunen und Unternehmen fachliche Unterstützung bei der Umsetzung von Energiewende-Projekten. Dabei berät und informiert

sie markt- und anbieterneutral in enger Kooperation mit zahlreichen etablierten Akteuren.

Ihre Aufgaben:

Sie leiten und repräsentieren das Unternehmen vom Hauptsitz in Kaiserslautern aus.
Sie entwickeln die Unternehmensstrategie weiter.
Sie akquirieren neue Projekte.
Sie steuern die Agentur zielgruppen- und bedarfsorientiert.

Ihr Profil:

Sie können zielorientiert führen und Menschen begeistern.
Sie sind mit der Energiepolitik und der Energiewende vertraut.
Sie hatten als Führungspersonlichkeit bereits Personalverantwortung.
Sie verfügen über ein abgeschlossenes Hochschulstudium sowie mehrjährige Berufserfahrung im Bereich Energiemanagement, Energietechnik, Energieversorgung oder Umweltschutz.
Sie können eine Organisation effizient leiten und weiter entwickeln.
Sie bringen Erfahrungen sowohl im Umgang mit Verwaltungsstrukturen des öffentlichen Dienstes als auch in der Zusammenarbeit mit politischen Mandatsträgern mit.
Sie haben Erfahrungen mit der Akquise und Abwicklung von Drittmittelprojekten.

Wir verstehen uns als familienfreundliches und mitarbeiterorientiertes Haus.
Wir fördern aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
Wir wünschen uns ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder der sexuellen Identität. Bewerbungen schwerbehinderter Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Analog zu den Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes ist die Energieagentur Rheinland-Pfalz besonders an der Bewerbung von Frauen interessiert.

Ihre Bewerbung, ergänzt um die Nennung von Referenzen und unter Angabe Ihrer Gehaltsvorstellungen sowie eines möglichen Eintrittstermins, richten Sie bitte **bis spätestens 21. November 2018** (Posteingang) an:

Herrn Staatssekretär Dr. Thomas Griese
Vorsitzender des Aufsichtsrates
der Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH
- persönlich -
Trippstadter Straße 122
67663 Kaiserslautern

Als E-Mail-Adresse zum Einsenden:

bewerbung.gf@energieagentur.rlp.de

Für telefonische Rückfragen:
Thomas Pensel, 0631 205757102 oder
Johannes Kletting, 0631 205757105.

4684.

Das Land Rheinland-Pfalz stellt zum nächstmöglichen Zeitpunkt beim **Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum RHEINHESSEN-NAHE-HUNSRÜCK**, Dienstsitz BAD KREUZNACH

eine Diplom-Ingenieurin / einen Diplom-Ingenieur

bzw. Master of Science
- Fachrichtung Agrarwissenschaften,
Schwerpunkt Tierische Erzeugung -

in einem bis zum 20. August 2019 befristeten Beschäftigungsverhältnis in Vollzeit ein.

Aufgaben

Die Aufgaben sind der Gruppe 543 - Landwirtschaft und Umwelt / Kompetenzzentrum Ökologischer Landbau - zugeordnet und umfassen im Wesentlichen:

- Koordination der Beratung in Fragen zur Tierhaltung im Ökologischen Landbau in Rheinland-Pfalz und Beratung ökologisch wirtschaftender Betriebe in Fragen zur Tierhaltung (u. a. Fütterung, Haltungssysteme, Tiergesundheit, Zucht) sowie den einschlägigen gesetzlichen Grundlagen.
- Organisation und Durchführung von Informationsveranstaltungen zur Tierhaltung im ökologischen Landbau, Erstellung von Informationsmaterialien und Veröffentlichung von Fachartikeln.
- Betreuung von Projekten und Mitarbeit in Arbeitsgruppen zur ökologischen Tierhaltung.
- Zusammenarbeit und Vernetzung mit Fachkollegen aus dem Bereich Tierproduktion an den anderen Dienstleistungszentren Ländlicher Raum.
- Erteilung von Unterricht im Fach Tierische Erzeugung in der Fachschule am Standort Bad Kreuznach

Erwartet werden

- Abgeschlossenes Studium als Diplom-Ingenieurin / Diplom-Ingenieur bzw. Master of Science Agrarwissenschaften mit dem Schwerpunkt Tierische Erzeugung
- vertiefte Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich Tierhaltung / Tierzucht
- fundierte Kenntnisse und Erfahrungen bezüglich der Betriebsabläufe in der Agrarwirtschaft
- Kenntnisse über Besonderheiten des ökologischen Landbaus
- gute EDV-Kenntnisse (MS-Office Produkte)
- Erfahrungen im Bereich Wissenstransfer und Beratungspraxis
- selbstständiges, eigenverantwortliches und strukturiertes Arbeiten, hohe Belastbarkeit, sicheres Auftreten
- gute Medien- und Präsentationskompetenz
- Vernetzungs- und Kommunikationskompetenz, Teamfähigkeit
- Grundkenntnisse der Pädagogik wünschenswert
- Führerschein Kl. B und Bereitschaft zu Dienstreisen

Das Beschäftigungsverhältnis richtet sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und die Entgeltzahlung erfolgt nach Entgeltgruppe 13 TV-L.

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine weitere Erhöhung des Frauenanteils an und sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Erfahrungen,

Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Die Bewerbung mit den üblichen Unterlagen senden Sie bitte **bis 16. November 2018** an die

**Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion
Referat 12
Willy-Brandt-Platz 3
54290 Trier**

Wir bitten Sie, Ihre Bewerbungsunterlagen nur als Kopien (ohne Mappen) einzureichen, da keine Rücksendung erfolgt.

4685.

Die STRUKTUR- UND GENEHMIGUNGSDIREKTION NORD (SGD Nord) ist eine Obere Landesbehörde in Rheinland-Pfalz mit einem vielseitigen Aufgabenspektrum. Als moderne Bündelungsbehörde vereint sie Gewerbeaufsicht, Wasser- und Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Raumordnung, Landesplanung, Naturschutz und Bauwesen sowie eine Servicestelle für Unternehmer und Existenzgründer unter einem Dach. Die SGD Nord steht für Kompetenz und sorgt für eine zügige, rechtssichere Bearbeitung von Genehmigungsverfahren. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität von Rheinland-Pfalz als Wirtschaftsstandort und gesundem Lebensraum.

Im Referat 31 - Zentralreferat Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz - in Koblenz ist die unbefristete Vollzeitstelle

einer Fischereireferentin / eines Fischereireferenten

zu besetzen.

Der Aufgabenbereich umfasst im Wesentlichen folgende Tätigkeiten:

- Planung und Durchführung von Projekten zur Erhaltung und Pflege der Fischfauna
- Beratung und Förderung der Berufs- und Freizeitfischerei
- Verwaltung der staatlichen nicht forstlichen Fischerei
- Festsetzung von Fisch- und Laichschongebieten
- Mitwirkung in wasserrechtlichen und naturschutzrechtlichen Verfahren sowie im Vollzug der EU-Wasserrahmenrichtlinie
- Fischereifachliche Stellungnahmen zu öffentlichen und ministeriellen Anfragen
- Fachaufsicht über die unteren Fischereibehörden
- Geschäftsführung des Direktionsfischereibeirats
- Bewertung der linearen Durchgängigkeit von Fließgewässersystemen
- Teilnahme an regionalen und überregionalen Arbeits- und Expertenkreisen (z.B. Vertretung von Rheinland-Pfalz in der EG Fisch / IKSR)
- Führung eines Teams mit bis zu 5 Mitarbeitern

Für diese anspruchsvolle Aufgabe kommen Bewerberinnen und Bewerber mit abgeschlossener Hochschulausbildung in dem Diplom- oder Masterstudiengang „Biologie“ (vorzugsweise „Fischereibiologie“) oder in einem vergleichbaren Studiengang (z. B. Limnologie) in Betracht.

Das Aufgabengebiet erfordert neben einem ausgeprägten analytischen Denkvermögen die Fähigkeit zu interdisziplinärem Arbeiten und setzt ein hohes Maß an Teamfähigkeit voraus. Eine selbstständige, strukturierte Arbeitsweise, Präzision in Wort und Schrift, Verhandlungsgeschick, Zielstrebigkeit sowie ein sicheres Auftreten bilden weitere Grundlagen für eine erfolgreiche Tätigkeit in diesem Arbeitsgebiet. Zudem werden gute EDV-Anwenderkenntnisse (MS Office) vorausgesetzt.

Die Bewerberin / Der Bewerber sollte über eine überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft und Belastbarkeit, ein hohes Maß an Eigeninitiative und Verantwortungsbewusstsein verfügen und bereit sein, sich in neue Arbeitsgebiete vertieft einzuarbeiten. Berufspraktische Erfahrungen im Bereich der Wasserwirtschaft sowie Verständnis für technische Zusammenhänge sind von Vorteil.

Die Bereitschaft und körperliche Tauglichkeit zur Übernahme von Außendiensten ist erforderlich. Bewerberinnen und Bewerber müssen den Führerschein der Klasse B bzw. 3 besitzen und bereit sein, das eigene Fahrzeug - gegen Reisekostenentschädigung - auch dienstlich einzusetzen.

Die Einstellung erfolgt je nach Vorliegen der persönlichen Voraussetzungen im Beamten- oder Beschäftigtenverhältnis (4. Einstiegsamt bis Besoldungsgruppe A 14 LBesG oder vergleichbare Entgeltgruppe nach den Bestimmungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder - TV-L).

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes wird eine weitere Erhöhung des Frauenanteils angestrebt. Daher besteht ein besonderes Interesse an der Bewerbung von Frauen. Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Rahmenbedingungen und Maßnahmen. Wir wünschen uns ausdrücklich Bewerbungen aller Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Orientierung.

Die ausgeschriebene Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Nähere Informationen über die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord sind im Internet unter <https://sgdnord.rlp.de> zu ersehen.

Bewerbungen mit den üblichen Bewerbungsunterlagen werden **bis spätestens 23. November 2018** erbeten an die

**Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
- Personalreferat (Referat 11) -
(Kennziffer: 20/2018/KO-31)
Stresemannstraße 3 - 5
56068 Koblenz**

Mit Ihrer Bewerbung stimmen Sie der weiteren internen Verarbeitung Ihrer Daten zu dienstlichen Zwecken gemäß der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Landesdatenschutzgesetzes Rheinland-Pfalz zu.

Eine Rückgabe der Bewerbungsunterlagen erfolgt nur, sofern der Bewerbung ein ausreichend frankierter Rückumschlag beiliegt. Ansonsten werden die Unterlagen nach Abschluss des Auswahlverfahrens datenschutzgerecht vernichtet.

4686.

Als größter statistischer Informationsdienstleister des Landes informieren wir - das STATISTISCHE LANDESAMT mit Sitz in BAD EMS - Politik und Gesellschaft über statistische Ergebnisse. Hierzu erstellen wir kundengerechte Produkte in hoher Qualität. Darüber hinaus gestalten wir die dazu erforderlichen Produktionsprozesse effizient und effektiv.

Rd. 60 Entwicklerinnen und Entwickler in der Abteilung 5 - Informationssysteme - entwickeln in fachlichen Teams und enger Zusammenarbeit mit den jeweilig zuständigen Fachabteilungen die erforderlichen IT-Verfahren.

Zur Verstärkung unserer Programmerteams suchen wir ab dem 1. Januar 2019

mehrere Softwareentwickler (w / m / div) für die Bereiche „Landwirtschaftliche Betriebsdatenbank (LBD)“ „Zensus 2021“ und der „Auswertungsdatenbank Schulen“.

Bei Interesse freuen wir uns auf Ihre Bewerbung über www.statistik.rlp.de/de/service/stellenangebote.

4687.

Beim LANDESUNTERSUCHUNGSSAMT RHEINLAND-PFALZ (LUA) ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Teilzeitstelle (insgesamt 75 %, davon 50 % unbefristet und 25 % befristet bis mindestens 31. Dezember 2019) mit

einer Mitarbeiterin / einem Mitarbeiter im Schreibdienst

zu besetzen. Die Einstellung erfolgt als Beschäftigte / Beschäftigter in der Entgeltgruppe 5 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Dienstort ist KOBLENZ.

Aufgabengebiet:

- EDV-mäßige Erfassung von Proben, Stammdaten etc. im Laborinformationssystem
- Allgemeine Büroarbeiten sowie Datenverwaltung im Lebensmittellabor
- Betreuung der Telefonzentrale im Vertretungsfall im Team

Anforderungsprofil:

- Erfolgreich abgeschlossene Ausbildung zur Kauffrau / zum Kaufmann für Büromanagement oder eine vergleichbare verwaltungsnahe Ausbildung
- Gute EDV-Kenntnisse (Word, Excel, Outlook)
- Hohe Teamfähigkeit
- Hohe Belastbarkeit bei zeitkritischen Aufgabenerledigungen
- Kenntnisse einer Laborprobensoftware (LIMS) sind von Vorteil
- Ein freundliches Auftreten und Einsatzbereitschaft

Das Landesuntersuchungsamt fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns daher ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität.

Bewerbungen von Frauen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vorrangig berücksichtigt. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Das Landesuntersuchungsamt unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind **bis spätestens 16. November 2018** vorzugsweise per E-Mail an

online.bewerbung@lua.rlp.de

oder postalisch an

**Landesuntersuchungsamt
Personalreferat
Mainzer Straße 112
56068 Koblenz**

zu richten.

Bitte beachten Sie bei der Online-Bewerbung: 1 PDF-Dokument bis zu einer maximalen Größe von 5 Megabyte.

Sofern Sie sich postalisch bewerben, weisen wir darauf hin, dass die Bewerbungsunterlagen nicht zurückgesandt werden. Daher bitten wir um Zusendung von Kopien. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Bewerbungsunterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet.

Bitte teilen Sie außerdem die Rufnummer mit, unter der Sie tagsüber erreichbar sind.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an den Verwaltungsleiter der Abteilung

Tiermedizin, Herrn Markus Brieler (0261 9149-304).

Weitere Informationen über das Landesuntersuchungsamt finden Sie unter <http://www.lua.rlp.de>.

4688.

Sie sind System- und Datenbankadministrator (m / w), engagiert und suchen eine neue Herausforderung mit Zukunftsperspektive?

Wir, der LANDESBETRIEB DATEN UND INFORMATION, als der zentrale IT-Dienstleister des Landes Rheinland-Pfalz, entwickeln und betreiben an den Standorten MAINZ und BAD EMS effiziente Lösungen für Landes- sowie Kommunalverwaltungen und garantieren die professionelle Umsetzung der IT-Strategie des Landes Rheinland-Pfalz. Wir sind im Bereich von Hochsicherheits- und Hochverfügbarkeitslösungen primärer Ansprechpartner, beispielsweise für Polizei, Justiz sowie Finanzverwaltung.

Sie verfügen über eine einschlägige Berufserfahrung.

Wir bieten: Ein vielfältiges, anspruchsvolles und verantwortungsvolles Aufgabengebiet - die Mitarbeit in einem aufgeschlossenen, kooperativen Team - persönliche und fachliche Weiterbildung - die Sicherheit des öffentlichen Dienstes - ein familienfreundliches Arbeitsumfeld.

Wir brauchen Sie zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur qualifizierten Verstärkung unseres Standortes in Mainz als:

**System- und
Datenbankadministrator (m / w)
Schwerpunkt Linux / Informix
(Kennziffer AS 2018_39)**

im Bereich B - Betrieb, Team B5 - Justiz-Systeme.

Ihre Aufgaben:

Betreuung von Fachverfahren und Systemen für die Justiz

Im Einzelnen

- Technische Administration von Server- und Betriebssystemen
- Betreuung der notwendigen technischen Infrastruktur mit der entsprechenden Systemsoftware sowie Einrichtung, Installation und Optimierung der Systemumgebungen
- Technischer Aufbau und Betreuung sowie Betrieb von Datenbanken mit der entsprechenden Datenbanksoftware
- Design der Kundensysteme entsprechend der Kundenanforderungen und Unterstützung bei der Konzeption und Umsetzung der technischen und anwendungsspezifischen Anforderungen an die Systemumgebungen
- Anwendungsbetreuung und Anwendersupport der Fachapplikation
- Mitarbeit in den Gremien
- Mitarbeit bei der Beratung und Umsetzung von Vorhaben im Bereich E-Government, e-justice

Fragen zum Aufgabengebiet beantwortet Ihnen Frau Weber (E-Mail:

Sandra.Weber (at) ldi.rlp.de, Tel: 06131 605-151).

Anforderungsprofil:

Wir suchen eine zuverlässige, belastbare, organisations- und kommunikationsstarke Persönlichkeit, die das breite Spektrum der auf dieser Stelle wahrzunehmenden Aufgaben beherrscht und setzen u. a. Folgendes voraus:

- Abgeschlossene, IT-einschlägige Hochschulausbildung (Bachelor- bzw. entsprechender Hochschulabschluss) oder abgeschlossene Berufsausbildung in einem IT-Beruf oder im Rahmen einer der ausgeschriebenen Tätigkeit entsprechenden Berufserfahrung erworbene entsprechende Fertigkeiten und Kenntnisse
- Entsprechende praktische und nachweisliche Berufserfahrung sowie Fertigkeiten und tiefgehende Kenntnisse auf dem jeweils aktuellen Stand der entsprechenden Technik / Software - u. a. in folgenden Bereichen: Installation, Betrieb und Betreuung von Serversystemen auf der Basis der Betriebssysteme im Umfeld SuSE Linux Enterprise (SLES), Redhat Enterprise Linux, Solaris und den diesem Umfeld zuzuordnenden Themen wie Citrix Xenapp, VMware, Infrastruktursysteme, Clustersysteme, Virtualisierungstechnologien (u.a. auch Implementation neuer SOA/SaaS Strukturen); Betreuung und Administration von Datenbanksystemen auf Basis IBM Informix; vertiefte Kenntnisse in der Administration und Betrieb von WEB-Servern und WEB-Anwendungen (apache2, nginx, tomcat7, jsp, postfix); Grundkenntnisse von Netzwerktechnologien (TCP/IP, LAN, WAN), Internettechnologien (DNS Bind, dhcp, Samba, nfs, sendmail, postfix), Systemmanagement, Systemautomatisierung, Datensicherungssysteme; Fachkenntnisse in IT-Sicherheit u.a. nach BSI, ITILV2, Skript- und Programmiersprachen (C, C++, perl, python, shell, awk, php, jsp, javascript).
- Bereitschaft zur Übernahme von Teilprojektleitungen
- Die Bereitschaft und Fähigkeit sich fortzubilden und sich selbstständig neue Themen zu erschließen
- Den Anforderungen der Stelle entsprechende Deutschkenntnisse in Wort und Schrift
- Erfüllung der Voraussetzungen und Bereitschaft zur erfolgreichen Teilnahme an einer Sicherheitsüberprüfung nach dem LSÜG
- Die Bereitschaft zur Ableistung von Überstunden, die Teilnahme an einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung sowie die Teilnahme an einer 7x24 Rufbereitschaft remote oder / und vor Ort
- Ziel- und lösungsorientierte, systematische sowie selbstständige Arbeitsweise, ebenso Durchsetzungsfähigkeit, Verhandlungsgeschick und Eigeninitiative
- Einsatzfreude, Flexibilität und Engagement, Team-, Kooperations- und Konfliktfähigkeit

Bei Erfüllung der tarifrechtlichen Voraussetzungen ist eine Eingruppierung von Tarifbeschäftigten bis Entgeltgruppe 10 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) möglich. Im Rahmen der Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) sind wir besonders an der Bewerbung von Frauen interessiert.

Schwerbehinderte werden bei sonst gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt. Gehen Bewerbungen von Teilzeitkräften ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Bitte reichen Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen unter Angabe der o. a. Kennziffer vorzugsweise elektronisch in einer PDF-Datei (max. 5 MB) an

personalstelle@ldi.rlp.de

ein, ansonsten schriftlich an den

**Landesbetrieb Daten und Information
Team Personal
Römerstraße 41
56130 Bad Ems**

Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt, daher bitten wir um Zusendung von Kopien. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Unterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet. Wir versenden keine Eingangsbestätigungen. Unsere Datenschutzerklärung zu dem Umgang mit den im Rahmen des Bewerberauswahlverfahrens erhobenen Daten finden Sie auf unserer Homepage <https://ldi.rlp.de/de/service/stellenboerse/>.

Die Bewerbungsfrist **endet mit Ablauf des 14. November 2018**, die Einladungsfrist endet vier Wochen später.

4689.

Im LANDESKRIMINALAMT RHEINLAND-PFALZ (LKA) ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle als

**Systemadministrator (m / w)
Schwerpunkt Netzwerk**

im Dezernat 13 - Interne Informationstechnologie - der Abteilung 1 - Zentralabteilung - zu besetzen.

Das LKA ist die Zentralstelle der Kriminalitätsbekämpfung in Rheinland-Pfalz mit Sitz in Mainz. Dem LKA ist die Fachaufsicht über die Tätigkeitsbereiche der Polizei im Land übertragen, die auf die Verhinderung und Verfolgung von Straftaten ausgerichtet sind. Somit hat die Behörde zahlreiche zentrale und koordinierende Funktionen in der Kriminalitätsbekämpfung. Wesentliche Aufgabe der Zentralstelle ist es, die örtlichen Polizeidienststellen durch Serviceleistungen zu unterstützen.

Aufgabenbeschreibung:

- Betreuung der IT-Technik und des IT-Netzwerkes im Rahmen des 2nd-Level-Supports unter Gewährleistung der Einhaltung der IT-Sicherheitsvorgaben
- Durchführung von Fehleranalysen und Einleitung von Maßnahmen zur Fehlerbeseitigung an Hard- und Software
- Administration und Konfiguration von Group Policies
- Administration des Active Directory
- Dokumentation
- Systembetreuung im Rahmen des 1st-Level-Supports
- Installation und Verwaltung der Arbeitsplatzrechner und Server des LKA
- Benutzerverwaltung
- Softwareverteilung mittels EMPIRUM
- Betreuung und Unterstützung der Anwender
- Lösung von auftretenden Hard- und Softwareproblemen der Endanwender unter Nutzung eines Ticketsystems
- Durchführung von Backups, Datensicherungen und Archivierungen
- Technische Administration der mobilen Clients sowie der ausgelagerten Dienststellen

Anforderungsprofil:

- Abgeschlossene Hochschulausbildung (Bachelor- bzw. entsprechender Hochschulabschluss) der Informatik sowie vergleichbarer IT-einschlägiger Studiengänge
- Tiefgreifende und praktische Kenntnisse in den Bereichen Datenübertragungsnetze und Netzwerktechnik (LAN, WAN, Switches, Router, etc.), Konfiguration der Betriebssysteme Windows 7 und Windows 10, Administration eines Servers mit Microsoft-Betriebssystemen, Active Directory, Netzwerkbasisdienste (DNS, WINS, DHCP), IT-Sicherheit, insbesondere vertiefte Kenntnisse der Datensicherung (Backup), und Hardwarekonfiguration
- Kenntnisse im Umgang mit Ticketsystemen
- Ausgeprägte Kunden- und Serviceorientierung
- Bereitschaft zur Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen
- Gute Auffassungsgabe, analytisches Denk- und Urteilsvermögen, sehr gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen, Belastbarkeit, hohes Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Organisationsfähigkeit; auf Kooperations- und Teamfähigkeit wird großen Wert gelegt.

Die arbeitsvertraglichen Bedingungen und das Entgelt richten sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Bei Erfüllung der tarifrechtlichen Voraussetzungen ist eine Eingruppierung bis Entgeltgruppe 10 TV-L möglich.

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt grundsätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Teilzeitwünsche sind unter Angabe von

Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung anzugeben. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der stellenspezifischen Anforderungen entsprochen werden kann.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bei Fragen zum Stellenbesetzungsverfahren steht Ihnen Herr Brantzen (Leitung Dezernat 14 - Personal / AuF / Tel.: 06131 65-2116), bei Fachfragen Herr Ata (Leitung Dezernat 13 - Interne Informationstechnologie / Tel.: 06131 65-2586) zur Verfügung.

Entsprechende Bewerbungen bitten wir vorzugsweise elektronisch in einer PDF-Datei (max. 5 MB) an

LKA.14.L@polizei.rlp.de

oder postalisch an das

**Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Personaldezernat
Valenciaplatz 1 - 7
55118 Mainz**

zu richten. Die Bewerbungsfrist endet **mit Ablauf des 19. November 2018**.

Eine Rücksendung der Bewerbungsunterlagen kann nicht erfolgen. Es wird daher um Vorlage entsprechender Kopien und Abschriften gebeten. Eine datenschutzgerechte Vernichtung nach Abschluss des Auswahlverfahrens wird zugesichert.

4690.

Das POLIZEIPRÄSIDIUM MAINZ erfüllt die Aufgaben der Gefahrenabwehr im Rahmen des Zuständigkeitsbereichs. Organisatorisch ist das Polizeipräsidium Mainz in zwei große Bereiche eingeteilt. Zum einen in die Abteilung „Polizeieinsatz“, die den operativen Bereich organisiert, zum anderen in die Abteilung „Polizeiverwaltung“, die für den administrativen Bereich zuständig ist.

Beim Polizeipräsidium Mainz ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

Assistenz des Leiters des Führungsstabes

zu besetzen.

Das Aufgabengebiet beinhaltet im Wesentlichen folgende Tätigkeiten:

- Personaladministration für Mitarbeiter / -innen
- Koordination der Jahres-Urlaubs-Vorschauen
- Verarbeiten der SU-Gesuche mit Rückmeldung an Antragsteller
- Krankmeldungen in direkter Zusammenarbeit mit PV 3 - unter Beachtung der gesetzlichen bzw. tariflichen Regeln
- Zeiterfassung - monatliche Kontrolle (Monatsabschlüsse)
- „Service Center“ für die Mitarbeiter / -innen des Führungsstabes bezüglich

- persönlicher Belange innerhalb der Personaladministration
- Betreuung des Zeitbewirtschaftungsprogrammes TEMPUS
- Beschaffung und Bereithaltung von Verbrauchsmaterial und Büromaterial sowie Vordrucken
- organisatorisch-technische Vorbereitungen von Besprechungen und Veranstaltungen (Einladung der Teilnehmer, Terminierung, Raumreservierung, Zusammenstellung und Aufbereitung der Unterlagen für die Tagesordnung, Fertigung der Niederschrift, Aktenverwaltung)
- Terminplanung und Terminüberwachung
- Schreibarbeiten
- Vertretung Vorzimmer Leitung Polizeieinsatz

Unsere Anforderungen:

Wir suchen eine qualifizierte Persönlichkeit mit überdurchschnittlicher Leistungsbereitschaft und Motivation. Loyalität, Verhandlungsgeschick und Durchsetzungsvermögen setzen wir voraus.

Wir erwarten eine abgeschlossene Berufsausbildung (Fachangestellte / r für Bürokommunikation, Rechtsanwaltsfachangestellte / r, o. ä.), hervorragende Kenntnisse der deutschen Sprache in Wort und Schrift sowie ein hohes Maß an Leistungsbereitschaft, Belastbarkeit, Flexibilität, Teamfähigkeit und Koordinierungsfähigkeit. Fundierte EDV-Kenntnisse insbesondere in den MS-Office Anwendungen sind erforderlich. Des Weiteren setzen wir Kenntnisse zu Strukturen und Arbeitsweisen von Arbeitsgruppen und die damit verbundenen Koordinations- und Dokumentationsanforderungen voraus.

Die zu besetzende Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann. Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch durch flexible Arbeitsgestaltung im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Bewerbungen von Frauen werden daher besonders begrüßt. Schwerbehinderte Menschen und gleichgestellte behinderte Menschen im Sinne des § 2 SGB IX werden bei entsprechender Eignung und Befähigung ebenfalls bevorzugt berücksichtigt. Ein Nachweis über die Schwerbehinderteneigenschaft ist der Bewerbung beizufügen.

Die arbeitsvertraglichen Bedingungen und das Entgelt richten sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Die Eingruppierung erfolgt je nach Vorliegen der persönlichen Voraussetzungen

(Qualifikationen) bis Entgeltgruppe 6 der Entgeltordnung zum TV-L. Die Zuordnung zu den Entwicklungsstufen erfolgt unter Berücksichtigung der persönlichen einschlägigen Erfahrungen. Die Entgelttabelle finden Sie unter <http://oeffentlicher-dienst.info/tv-l/west/>.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann freuen wir uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung.

Senden Sie Ihre Bewerbung bitte **bis zum 20. November 2018** an das

Polizeipräsidium Mainz

Referat PV 3

z.Hd. Frau Lapsit

Valenciaplatz 2

55118 Mainz

oder per E-Mail (maximale Größe: 5 MB) an

ppmainz.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

Für weitere Informationen steht Ihnen Frau Lapsit, Tel.-Nr. 06131 653140, gerne zur Verfügung.

Eingangsbestätigungen werden nicht erstellt, Sie können jederzeit nachfragen, ob Ihre Bewerbung bei uns eingegangen ist. Bitte legen Sie Ihrer Bewerbung nur Kopien bei, da die Bewerbungsunterlagen aus datenschutzrechtlichen Gründen nach Abschluss des Auswahlverfahrens vernichtet werden. Sofern Sie eine Rückgabe Ihrer Bewerbungsunterlagen wünschen, bitten wir Sie, einen ausreichend frankierten Rückumschlag beizufügen.

4691.

Das POLIZEIPRÄSIDIUM MAINZ erfüllt die Aufgaben der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung im Rahmen des Zuständigkeitsbereichs. Organisatorisch ist das Polizeipräsidium Mainz in zwei große Bereiche eingeteilt. Zum einen in die Abteilung „Polizeieinsatz“, die den operativen Bereich organisiert, zum anderen in die Abteilung „Polizeiverwaltung“, die für den administrativen Bereich zuständig ist.

Wir suchen zum nächstmöglichen Termin für die Polizeiautobahnstation Gau-Bickelheim, Wöllsteiner Straße, 55599 Gau-Bickelheim,

einen Sachbearbeiter / eine Sachbearbeiterin im Bürodienst.

Die Stelle ist zunächst befristet nach § 14 Abs. 1 Nr. 3 Teilzeit- und Befristungsgesetz für die Dauer der Elternzeit einer Beschäftigten, längstens jedoch für die Dauer von zwei Jahren.

Zur Erledigung der in einem Geschäftszimmer einer Polizeiautobahnstation anfallenden Organisations- und Verwaltungsarbeiten gehören insbesondere:

1. Postbearbeitung, incl. Erfassung und Versand von Blutproben
2. Monatliche Zeiterfassung, Elektronische Verwaltung von Arbeitszeit
3. Vorgangsverwaltung in POLADIS
4. Beschaffung und Verwaltung von Büroverbrauchsmaterial (soweit nicht durch SB Technik erledigt)

- sowie von Fachliteratur und Dienstvorschriften
5. Statistik-Sachbearbeitung
6. Schreibdienst
7. Datenerfassung und -pflege sowie Fristenüberwachung
8. Vorgangsverwaltung in polizeilichen elektronischen Vorgangsbearbeitungssystemen
9. Beantwortung von Anfragen externer Dienststellen (z. B. Staatsanwaltschaft, Gerichte, Rechtsanwälte)
10. Elektronische Weiterleitung von Vorgängen an zuständige Stellen

Eine Ergänzung der Aufgaben bleibt vorbehalten.

Wir erwarten von Ihnen:

- Abgeschlossene Berufsausbildung (Bürokaufleute, Rechtsanwaltsfachangestellte, o.ä.)
- Belastbarkeit / Stressresistenz
- Gute Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen
- Einfallsreichtum und Initiative
- Selbstständigkeit und Entschlusskraft
- Organisationsfähigkeit und Flexibilität
- Soziale Kompetenzen (Teamfähigkeit, einwandfreie Umgangsformen)
- Sehr gute EDV-Kenntnisse - sicherer Umgang mit den notwendigen EDV-technischen Anwendungen (wie z. B. MS-Office-Produkte)
- Sehr gute mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit

Die zu besetzende Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch durch flexible Arbeitsgestaltung im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Bewerbungen von Frauen werden daher besonders begrüßt. Schwerbehinderte Menschen und gleichgestellte behinderte Menschen im Sinne des § 2 SGB IX werden bei entsprechender Eignung und Befähigung ebenfalls bevorzugt berücksichtigt. Ein Nachweis über die Schwerbehinderteneigenschaft ist der Bewerbung beizufügen. Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Mainz wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen unterstützt.

Im Rahmen des rheinland-pfälzischen Frauenförderprogrammes wird eine Erhöhung des Frauenanteils angestrebt. An Bewerbungen von Frauen besteht daher ein besonderes Interesse.

Die arbeitsvertraglichen Bedingungen und das Entgelt richten sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Die Eingruppierung erfolgt je nach Vorliegen der persönlichen Voraussetzungen

(Qualifikationen) bis Entgeltgruppe 6, Teil I der Entgeltordnung zum TV-L. Die Zuordnung zu den Entwicklungsstufen erfolgt unter Berücksichtigung der persönlichen einschlägigen Erfahrungen. Die Entgelttabelle finden Sie unter <http://oeffentlicher-dienst.info/tv-l/west/>.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann freuen wir uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung. Senden Sie Ihre Bewerbung bitte **bis zum 14. November 2018** an das

Polizeipräsidium Mainz
Referat PV 3
Valenciaplatz 2
55118 Mainz

oder per E-Mail (maximale Größe: 5 MB) an

ppmainz.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

Für weitere Informationen steht Ihnen Frau Ann-Sophie Lapsit, Tel.-Nr.: 06131 653140, gerne zur Verfügung.

Eingangsbestätigungen werden nicht erstellt, Sie können jederzeit nachfragen, ob Ihre Bewerbung bei uns eingegangen ist. Bitte legen Sie Ihrer Bewerbung nur Kopien bei, da die Bewerbungsunterlagen aus datenschutzrechtlichen Gründen nach Abschluss des Auswahlverfahrens vernichtet werden. Sofern Sie eine Rückgabe Ihrer Bewerbungsunterlagen wünschen, bitten wir Sie, einen ausreichend frankierten Rückumschlag beizufügen.

4692.

Das POLIZEIPRÄSIDIUM MAINZ erfüllt die Aufgaben der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung im Rahmen des Zuständigkeitsbereichs. Organisatorisch ist das Polizeipräsidium Mainz in zwei große Bereiche eingeteilt. Zum einen in die Abteilung „Polizeieinsatz“, die den operativen Bereich organisiert, zum anderen in die Abteilung „Polizeiverwaltung“, die für den administrativen Bereich zuständig ist.

Im Geschäftsbereich der Polizeidirektion Mainz, Gemeinsames Sachgebiet Jugend im Haus des Jugendrechts, ist nachfolgende Stelle in Teilzeit (19,5 Stunden), nachmittags ab 12.30 Uhr, zunächst befristet nach § 14 Abs. 1 Nr. 3 Teilzeit- und Befristungsgesetz für die Dauer der Elternzeit einer Beschäftigten, längstens jedoch für die Dauer von drei Jahren, zu besetzen:

Beschäftigte / r im Bürodienst (m / w).

Zur Erledigung der in einem Geschäftszimmer anfallenden Organisations- und Verwaltungsarbeiten gehören insbesondere:

- Bearbeitung von Postein- und Postausgängen
- Monatliche Zeiterfassung
- Terminüberwachung / Führung der Wiedervorlage / Führung sonstiger Listen,
- Führen des bereichsspezifischen Veranstaltungskalenders
- Aktenablage nach Aktenplan
- Beschaffung und Verwaltung von Büroverbrauchsmaterial
- Personalverwaltungsangelegenheiten
- Vorgangsverwaltung

- Beantwortung von Anfragen externer Stellen (z.B. Justiz, Rechtsanwälte, Versicherungen, Bürgeranfragen)
- Anzeigenaufnahme bürotechnischer Art
- Eingabe und Löschung von Personen- und Sachfahndungen aller Art
- Anlass- bzw. fallbezogene Abfragen im Internet auf Weisung der pol. Sachbearbeiter / innen
- Wahrnehmung der Berichtspflichten nach Weisung
- Tägliche Fertigung des Tagesrapports und Versendung
- Fahrzeugverwaltung
- Schlüsselverwaltung

Eine Ergänzung der Aufgaben bleibt vorbehalten.

Wir erwarten von Ihnen:

- Bereitschaft sich einen Arbeitsplatz in der Form zu teilen, dass zeitlich nacheinander der gleiche Arbeitsplatz genutzt wird
- Abgeschlossene Berufsausbildung (Fachkraft für Bürokommunikation, Verwaltungsfachkraft, Bürokaufleute, Rechtsanwaltsfachangestellte / r, o. ä.)
- Belastbarkeit / Stressresistenz
- Gute Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen
- Einfallsreichtum und Initiative
- Selbstständigkeit und Entschlusskraft
- Organisationsfähigkeit und Flexibilität
- Soziale Kompetenzen (Teamfähigkeit, einwandfreie Umgangsformen)
- Sehr gute EDV-Kenntnisse - sicherer Umgang mit den notwendigen EDV-technischen Anwendungen (wie z. B. MS-Office-Produkte)
- Sehr gute mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch durch flexible Arbeitsgestaltung im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Bewerbungen von Frauen werden daher besonders begrüßt. Schwerbehinderte Menschen und gleichgestellte behinderte Menschen im Sinne des § 2 SGB IX werden bei entsprechender Eignung und Befähigung ebenfalls bevorzugt berücksichtigt. Ein Nachweis über die Schwerbehinderteneigenschaft ist der Bewerbung beizufügen.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Mainz wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen unterstützt. Im Rahmen des rheinland-pfälzischen Frauenförderprogrammes wird eine Erhöhung des Frauenanteils angestrebt. An Bewerbungen von Frauen besteht daher ein besonderes Interesse.

Die arbeitsvertraglichen Bedingungen und das Entgelt richten sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Die Eingruppierung erfolgt je nach Vorliegen der persönlichen Voraussetzungen (Qualifikationen) bis Entgeltgruppe 6,

Teil I der Entgeltordnung zum TV-L. Die Zuordnung zu den Entwicklungsstufen erfolgt unter Berücksichtigung der persönlichen einschlägigen Erfahrungen. Die Entgelttabelle finden Sie unter <http://oeffentlicher-dienst.info/tv-l/west/>.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann freuen wir uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung. Senden Sie Ihre Bewerbung bitte **bis zum 20. November 2018** an das

Polizeipräsidium Mainz
Referat PV 3
z.Hd. Frau Lapsit
Valenciaplatz 2
55118 Mainz

oder per E-Mail (maximale Größe: 5 MB) an

ppmainz.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

Für weitere Informationen steht Ihnen Frau Ann-Sophie Lapsit, Tel.-Nr.: 06131 653140 gerne zur Verfügung.

Eingangsbestätigungen werden nicht erstellt, Sie können jederzeit nachfragen, ob Ihre Bewerbung bei uns eingegangen ist. Bitte legen Sie Ihrer Bewerbung nur Kopien bei, da die Bewerbungsunterlagen aus datenschutzrechtlichen Gründen nach Abschluss des Auswahlverfahrens vernichtet werden. Sofern Sie eine Rückgabe Ihrer Bewerbungsunterlagen wünschen, bitten wir Sie, einen ausreichend frankierten Rückumschlag beizufügen.

4693.

Im Geschäftsbereich des POLIZEIPRÄSIDIUMS KOBLENZ / Abteilung Polizeieinsatz / Führungsstab ist zum 1. Mai 2019 die nachgenannte Führungsfunktion, die bereits zum 1. März 2019 kommissarisch nachbesetzt werden soll, neu zu besetzen:

Leiterin / Leiter des Sachbereiches 12 - Verbrechensbekämpfung -.

Um diese Funktionsstelle, die nach Besoldungsgruppe A 13 bewertet ist, können sich ausschließlich rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen / Polizeibeamte der Kriminalpolizei mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt (ehem. gehobener Polizeidienst) bewerben, die sich in einem Statusamt ab A 11 befinden und eine ab A 12 bewertete Funktion innehaben, soweit die nachaufgeführten Bewerbungsvoraussetzungen gegeben sind. Eine Beförderungsmöglichkeit steht unter dem Vorbehalt der haushaltsrechtlichen Zuweisung.

Aufgabenbeschreibung

- Führung des Sachbereiches, Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter
- Entscheidungsvorbereitung und Entschlussumsetzung im kriminalpolizeilichen Bereich
- Erarbeitung direktionsübergreifender Einsatzkonzeptionen, Planentscheidungen und Übungen im kriminalpolizeilichen Bereich
- Mitarbeit bei der Erstellung von Lagebildern
- Mitarbeit in behördeninternen und landesweiten Arbeitsgruppen

- Koordinator des Landeskonzepthes „Visier“ im PP Koblenz
- Koordinator der Landeskonzepthe „Dialog mit Muslimen“ und „Integration - Miteinander ohne Vorbehalte“ im PP Koblenz

Anforderungsprofil:

- Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei (zuvor FHÖV - Fachbereich Polizei -) oder Abschluss der Aufstiegsausbildung für den gehobenen Polizeidienst
- Führungsqualifizierung - Teilnahme an der für die Funktion vorgesehenen Führungsqualifizierung (vor oder nach Entscheidung über die Stellenvergabe)
- Mindestens vierjährige Verwendung in Führungsfunktionen des 3. Einstiegsamtes des Polizeidienstes in Stab und / oder Linie

Herausragende Befähigungsmerkmale:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick sowie Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung.

Des Weiteren sind Kenntnisse / Erfahrungen in der Stabsarbeit wünschenswert.

Im Rahmen der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes strebt das Polizeipräsidium Koblenz eine weitere Erhöhung des Frauenanteils in Führungsfunktionen in seinem Geschäftsbereich an und ist daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen / Bewerber werden bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Die Funktion ist grundsätzlich teilzeiteignend. Gehen entsprechende Bewerbungen ein wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten ggf. entsprochen werden kann.

Im Rahmen des Stellenbesetzungsverfahrens sind Bewerbergespräche vorgesehen.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte **innerhalb einer Frist von drei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Ausschreibung auf dem Dienstweg an das

Polizeipräsidium Koblenz
Referat PV 3
Moselring 10 - 12
56068 Koblenz

Für sachbereichsspezifische Rückfragen steht Ihnen der Leiter des Sachbereichs 12, Herr EKHK Norbert Schäfer (Tel. 0261 1032132), zur Verfügung.

4694.

Im Geschäftsbereich des POLIZEIPRÄSIDIUMS KOBLENZ / Abteilung Polizeiverwaltung ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

der herausgehobenen Sachbearbeiterin / des herausgehobenen Sachbearbeiters im Referat PV 4 - Haushalt / Finanzen -

neu zu besetzen.

Um diese Stelle können sich Beamtinnen und Beamte des dritten Einstiegsamtes (gehobener Dienst) ab der Besoldungsgruppe A 11 sowie vergleichbare Beschäftigte ab der Entgeltgruppe E 11 bewerben, soweit die nachstehenden Bewerbungsvoraussetzungen gegeben sind.

Aufgabenbeschreibung

- Abschließende rechtlich und sachlich richtige, vollständige und zeitgerechte Erledigung der durch Geschäftsverteilungsplan oder sonstige Regelungen zugewiesenen Aufgaben entsprechend den vereinbarten Zielen, insbesondere
 - Vertretung des Beauftragten für den Haushalt, § 9 LHO
 - Bedarfsermittlung + Beschaffung von Bürogeräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen
 - Titelverwalterin / Titelverwalter nach besonderer Weisung
 - Grundsatzbearbeitung wegen Dauervorschüssen, Fahndungsgelder und Verwarnungsgeldern
 - Koordination von Umzügen bei dienststellenbezogenen Veränderungen
 - Koordination und Federführung beim Vollzug der PDV 600 RP
 - Koordination bei der Umsetzung der landesweiten Dolmetscherdatei

Der Stelleninhaber / Dem Stelleninhaber obliegt ferner die Abwesenheitsvertretung der Referatsleitung.

Anforderungsprofil:

- Abschluss des Studiums an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, mit Laufbahnprüfung für den gehobenen nichttechnischen Dienst (staatliche innere Verwaltung) oder vergleichbare Ausbildung für Beschäftigte (Fachhochschulstudium oder 2. Angestelltenprüfung)
- Dreijährige Verwendung im 3. Einstiegsamt (gehobener Dienst) oder vergleichbare Tätigkeit

Herausragende Befähigungsmerkmale:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick.

Umfangreiche Kenntnisse des allgemeinen Verwaltungsrechtes und Beherrschung von mehreren Fachgebieten des besonderen Verwaltungsrechts, des Strafrechts und des privaten Rechts.

Im Rahmen der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes strebt das Polizeipräsidium Koblenz eine weitere Erhöhung des Frauenanteils in Führungsfunktionen in seinem

Geschäftsbereich an und ist daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Die zu besetzende Funktionsstelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten ggf. entsprochen werden kann.

Ferner weisen wir darauf hin, dass nach der Besetzung der Stelle grundsätzlich eine Mindestverwendungszeit von zwei Jahren auf diesem Dienstposten erwartet wird.

Im Rahmen des Stellenbesetzungsverfahrens sind Bewerbergespräche vorgesehen.

Bewerbungen erbitten wir **bis drei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung auf dem Dienstweg an das

Polizeipräsidium Koblenz
Leitung PV
Moselring 10 - 12
56068 Koblenz

4695.

Beim POLIZEIPRÄSIDIUM KOBLENZ ist zum 1. Januar 2019 eine Vollzeitstelle als

Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter im Bereich Pforte, Telefondienst und Geschäftszimmer

bei der POLIZEIDIREKTION NEUWIED, POLIZEIINSPEKTION NEUWIED, unbefristet zu besetzen. Die Stelle kann im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten auch in zwei Teilzeitstellen aufgeteilt werden.

Funktionsbeschreibung:

Folgende Aufgaben werden u.a. wahrgenommen:

- Abwicklung des Telefonverkehrs;
- Pfortendienst;
- Vorgangsverwaltung im polizeilichen Vorgangsverwaltungssystem POLADIS (dies beinhaltet u. a. Erfassung von Vorgängen und Personalien, Zuordnung der Eingänge zu den Mitarbeitern);
- Statistik-Sachbearbeitung und Qualitätssicherung;
- Bearbeitung des Posteingangs und -ausgangs, inkl. der Erfassung und Versand von Blutproben.

Anforderungsprofil:

Diese Stellenausschreibung richtet sich sowohl an interne Bewerberinnen und Bewerber (Beschäftigte des Polizeipräsidiums Koblenz) als auch an externe Bewerberinnen und Bewerber.

Vorausgesetzt werden:

- Freundliche und kommunikative Umgangsformen;
- Gute Kenntnisse im Umgang mit den Microsoft Office Anwendungen (insbesondere Word / Excel);

- Fundierte Rechtschreibkenntnisse;
- Teamfähigkeit;
- Durchsetzungsvermögen und Entschlussfreudigkeit;
- Organisationsfähigkeit und Flexibilität;
- Einsatzbereitschaft auch über die tägliche Arbeitszeit hinaus;
- Die Fähigkeit, sich innerhalb kürzester Zeit in die einschlägigen Vorschriften und Programme einzuarbeiten;
- Die Fähigkeit zum sorgfältigen und raschen Arbeiten - auch bei hohem Arbeitsanfall.

Die zu übertragenden Tätigkeiten entsprechen der tarifgerechten Eingruppierung in die Entgeltgruppe 5 TV-L. Das Polizeipräsidium Koblenz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitsgestaltung im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen richten Sie bitte schriftlich **bis zum 16. November 2018** an das

**Polizeipräsidium Koblenz
Referat PV 3
Moselring 10 - 12
56068 Koblenz**

Falls Sie uns Ihre Bewerbungsunterlagen auf dem Postweg zukommen lassen möchten, reichen Sie uns diese bitte nur als Kopie ein, da Ihre Bewerbungsunterlagen nicht zurückgesendet, sondern nach Abschluss des Verfahrens datenschutzrechtlich vernichtet werden. Bewerbungsmappen sind entbehrlich. Wünschen Sie eine Rücksendung, legen Sie bitte einen ausreichend frankierten und adressierten Rückumschlag bei. Bewerbungs- oder Reisekosten können nicht übernommen werden. Bewerbungen in elektronischer Form können im pdf. Format (bitte achten Sie darauf, dass die Gesamtgröße Ihrer E-Mail die Größe von 5 MB nicht überschreitet) unter der Adresse

ppkoblenz.pv3-tarif@polizei.rlp.de

eingereicht werden.

Auskünfte zum Auswahlverfahren erteilt Ihnen Frau Tönges, Telefon 0261 103-2262; bei Fragen zur Stelle wenden Sie sich bitte an die Leiterin der Polizeiinspektion Neuwied, Frau Schug, Telefon 02631 878-150.

4696.

Beim POLIZEIPRÄSIDIUM KOBLENZ ist zum 1. Februar 2019 die Stelle

**einer Mitarbeiterin / eines Mitarbeiters
mit Aufgaben im Bereich des
Reinigungsdienstes**

zu besetzen. Die Funktion wird bei der POLIZEIINSPEKTION SIMMERN ausgeübt. Es handelt sich um eine unbefristete Teilzeitstelle mit einem

zeitlichen Umfang von 12,5 Wochenstunden.

Funktionsbeschreibung:

Reinigungskraft bei einer Polizeiinspektion.

Anforderungsprofil:

Vorausgesetzt werden:

- Teamfähigkeit
- Einsatzbereitschaft auch über die tägliche Arbeitszeit hinaus
- keine allergiebedingten Unverträglichkeiten von z. B. Reinigungsmitteln oder Staub
- Organisationsfähigkeit und Flexibilität
- keine Einschränkung in Bezug auf das Heben und Tragen von schweren Gewichten (bis 30 kg)

Diese Stellenausschreibung richtet sich an externe Bewerberinnen und Bewerber.

Die wahrzunehmenden Tätigkeiten entsprechen einer Eingruppierung nach der Entgeltgruppe 2 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L).

Das Polizeipräsidium Koblenz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitsgestaltung im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bewerbungen richten Sie bitte schriftlich **bis zum 12. November 2018** an das

**Polizeipräsidium Koblenz
Referat PV 3
z. Hd. Frau Schwab
Moselring 10 - 12
56068 Koblenz**

Falls Sie uns Ihre Bewerbungsunterlagen auf dem Postweg zukommen lassen möchten, reichen Sie uns diese bitte nur als Kopie ein, da Ihre Bewerbungsunterlagen nicht zurückgesendet, sondern nach Abschluss des Verfahrens datenschutzrechtlich vernichtet werden. Bewerbungsmappen sind entbehrlich. Wünschen Sie eine Rücksendung, legen Sie bitte einen ausreichend frankierten und adressierten Rückumschlag bei. Bewerbungs- oder Reisekosten können nicht übernommen werden.

Bewerbungen per elektronischer Post können im pdf. Format (bitte achten Sie darauf, dass die Gesamtgröße Ihrer E-Mail die Größe von 5 MB nicht überschreitet) unter der Adresse

ppkoblenz.pv3-tarif@polizei.rlp.de

eingereicht werden.

Auskünfte zum Auswahlverfahren erteilt Frau Schwab, Telefon 0261 103-2206; bei Fragen zur Stelle wenden Sie sich bitte an den Leiter der Polizeiinspektion Simmern, Herrn POR Gastes, Telefon 06761 921200.

4697.

Das POLIZEIPRÄSIDIUM EINSATZ, LOGISTIK UND TECHNIK vereint die ehemals eigenständigen Organisationseinheiten der Bereitschaftspolizei, der Zentralstelle für Polizeitechnik und der Wasserschutzpolizei seit dem 1. Oktober 2017 unter einem gemeinsamen Dach. Aufgrund der damit einhergehenden, vielfältigen Aufgaben wird das Präsidium in ganz Rheinland-Pfalz tätig. Teile seiner Organisationseinheiten auf Ersuchen anderer Länder sogar bundesweit. Die Mitarbeiterzahl des PP ELT beläuft sich auf ca. 1750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit ist es eines der größten Polizeipräsidien in Rheinland-Pfalz.

Zur Verstärkung der Programmgruppe Leitstelleninfrastruktur, LI 5 (zNuE - zentrales Notruf- und Einsatzmanagement) suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine / -n

**Polizeibeamtin / Polizeibeamten
als Sachgebietsleiter / -in
(Kennziffer: PG LI/31/2018).**

Die im PP ELT eingerichtete interdisziplinäre Programmgruppe „Leitstelleninfrastruktur“ (PG LI) nimmt die Programmaufträge zur Modernisierung der technischen Infrastruktur der polizeilichen und integrierten Leitstellen des Landes Rheinland-Pfalz sowie zur Zentralisierung des Notruf- und Einsatzmanagements (zNuE) wahr. Das erstgenannte Vorhaben ist derzeit das größte Technikprojekt im Bereich innere Sicherheit in Rheinland-Pfalz. Das zweitgenannte ist eines der größten Organisationsentwicklungsprojekte der vergangenen Jahre in dessen Rahmen Bau, Technik und Organisation der polizeilichen Leitstellen des Landes Rheinland-Pfalz standardisiert werden soll.

Wenn Sie interessiert sind, Technik und Taktik zusammenzubringen und den Rahmen mitzugestalten, der die zukünftige Polizeiarbeit maßgeblich mit beeinflusst, so sind Sie für uns die richtige Frau bzw. der richtige Mann!

Ihre Aufgaben

- Wahrnehmung der Dienst- und Fachaufsicht über den nachgeordneten Bereich
- Organisation, Koordination und Kontrolle der Geschäfts- und Informationsabläufe im Programm
- Durchführung konzeptioneller Arbeiten zur Erreichung der strategischen und operativen Ziele des Programms
- Überprüfung und Erstellung von Konzepten, zur Standardisierung von Bau, Technik und Organisation der polizeilichen Leitstellen sowie von Dienststellen im Hinblick auf eine maximale Mobilisierung von Einsatzkräften mit temporärer Verringerung von statischer Dienstverrichtung (taktische Nichtbesetzung)
- Schnittstelle zwischen Programm zNuE, Leitstellenbetreiber (Einzelprojekte in den Behörden) und dem Programm zur Modernisierung der Leitstelleninfrastruktur
- Ansprechpartner / -in für die Programmleiter und die Vertreter

- der Leitstellenbetreiber für alle organisatorischen Planungs- und Ausführungsanforderungen
- Übergeordnetes Controlling der Einzelprojekte der Behörden
- Abwesenheitsvertretung des Programmleiters zNuE
- Zielorientiertes Vorgehen

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs.1 Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Ihr Profil

- Bewerben können sich Polizeibeamtinnen und -beamte mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt (früher gehobener Dienst) mit Bachelorabschluss an einer Fachhochschule der Polizei oder vergleichbar
- Mehrjährige Führungsverwendung in Stabs- oder Linienfunktionen
- wünschenswert ist Leitstellenerfahrung
- von Vorteil sind Erfahrungen in Planung und Umsetzung BOS-spezifischer Organisations- und / oder Technikprojekten bzw. allgemeine Projekterfahrung
- hilfreich sind Erfahrungen in der Implementierung von Servicemanagementprozessen auf der Basis von ITIL V 3 oder vergleichbaren Standards
- Affinität zu IT-Systemen bzw. zur Nachrichtentechnik im Allgemeinen
- sehr gute Kommunikationsfähigkeiten, analytische Vorgehensweise, Moderationsstärke, Durchsetzungskraft, Verhandlungsgeschick, ausgeprägte Ziel- und Ergebnisorientierung
- Bereitschaft für eine Sicherheitsüberprüfung der Stufe 1 gem. SÜG
- Bereitschaft zur aufgabenbezogenen Aus- und Weiterbildung

Wenn Sie nicht sicher sind, ob Ihr Profil mit den an Sie gestellten Aufgaben in Einklang zu bringen ist, wenden Sie sich an uns - telefonisch, per Mail oder persönlich!

Unser Angebot

Die PG LI besteht aus einer dynamischen und sehr heterogen zusammengesetzten Mannschaft. Dieses harmonisch zusammenwirkende Team zeichnet sich durch lösungsorientiertes und professionelles Arbeiten aber auch durch Offensein gegenüber neuen Methoden und Wegen aus.

Im Rahmen der Unterstützung einer guten Work-Life-Balance sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten wir eine möglichst flexible Dienstzeitgestaltung. Das Wohlbefinden unserer Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter steht an oberster Stelle und wird deshalb durch ein ausgeprägtes Behördliches Gesundheitsmanagement unterstützt. Wir legen Wert auf persönliche Gestaltungsspielräume in einer wertschätzenden, vertrauensvollen Arbeitsumgebung und geben Möglichkeiten zur gezielten, fachlichen Aus- und Weiterbildung.

Wir bieten Ihnen für diesen abwechslungsreichen und interessanten Aufgabenbereich bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen eine Besoldung bis zur Besoldungsgruppe A13.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Wir sind bestrebt, den Frauenanteil unserer Beschäftigten in Führungspositionen zu erhöhen und daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Die zu besetzende Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeit-Wünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Für fachliche Auskünfte stehen Ihnen Herr KR Ralf Steinbrink (Leitung Programmgruppe Leitstelleninfrastruktur, Tel.: 06131 65-1600) sowie Herr EPHK Oliver Schuh (Programmlinienleiter zNuE, Tel.: 06131 65-1601) gerne zur Verfügung. Personalrechtliche Fragen beantwortet Frau Sabine Meier (Tel.: 06131 65-5566) aus dem Sachgebiet Personal / Soziales.

Ihre aussagekräftige Bewerbung senden Sie bitte **über den Dienstweg bis spätestens zum 23. November 2018** an das

**Polizeipräsidium Einsatz,
Logistik und Technik
Sachgebiet Personal / Soziales
Postfach 10 01 31
55133 Mainz**

Mit der Bewerbung ist gleichzeitig das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakte zu erteilen.

4698.

Das POLIZEIPRÄSIDIUM EINSATZ, LOGISTIK UND TECHNIK vereint die ehemals eigenständigen Organisationseinheiten der Bereitschaftspolizei, der Zentralstelle für Polizeitechnik und der Wasserschutzpolizei seit dem 1. Oktober 2017 unter einem gemeinsamen Dach. Aufgrund der damit einhergehenden, vielfältigen Aufgaben wird das Präsidium in ganz Rheinland-Pfalz tätig. Teile seiner Organisationseinheiten auf Ersuchen anderer Länder sogar bundesweit. Die Mitarbeiterzahl des PP ELT beläuft sich auf ca. 1750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit ist es eines der größten Polizeipräsidien in Rheinland-Pfalz.

Zur Verstärkung der Programmgruppe Leitstelleninfrastruktur, die organisatorisch an die Abteilung Zentrale Technik angegliedert ist, suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt

**Polizeibeamtinnen / Polizeibeamte als Sachbearbeiter / -in
(Kennziffer: PG LI/29/2018).**

Die im PP ELT eingerichtete interdisziplinäre Programmgruppe „Leitstelleninfrastruktur“ (PG LI) nimmt die Programmaufträge zur Modernisierung der technischen Infrastruktur der polizeilichen und

Integrierten Leitstellen des Landes Rheinland-Pfalz sowie zur Zentralisierung des Notruf- und Einsatzmanagements (zNuE) wahr. Das erstgenannte Vorhaben ist derzeit das größte Technikprojekt im Bereich innere Sicherheit in Rheinland-Pfalz. Das zweitgenannte ist eines der größten Organisationsentwicklungsprojekte der vergangenen Jahre in dessen Rahmen Bau, Technik und Organisation der polizeilichen Leitstellen des Landes Rheinland-Pfalz standardisiert werden soll.

Wenn Sie interessiert sind, Technik und Taktik zusammenzubringen und den Rahmen mitzugestalten, der die zukünftige Polizeiarbeit maßgeblich mit beeinflusst, so sind Sie für uns die richtige Frau bzw. der richtige Mann!

Ihre Aufgaben

- Erstellung und Überprüfung von organisatorischen und taktischen Konzepten
- Schnittstelle zwischen den Programmen, den Leitstellenbetreibern (Einzelprojekte der Behörden), LBB und PG LI und anderen Beteiligten
- Ansprechpartner für die Programmleiter und die Vertreter der Leitstellenbetreiber für alle organisatorischen Planungs- und Ausführungsanforderungen
- Unterstützung bei ggf. erforderlichen Ersatz- und / oder Redundanzmaßnahmen zur sicheren Implementierung von Systemen, Modulen und Infrastrukturleistungen unter Berücksichtigung der taktischen Anforderungen
- Flexible Mitarbeit bei den vielfältigen Aufgaben innerhalb der PG LI unter Berücksichtigung der eigenen Kompetenzen und Neigungen

Ihr Profil

- Befähigung für das dritte Einstiegsamt (früher gehobener Dienst) mit Bachelorabschluss an einer Fachhochschule der Polizei oder vergleichbar
- wünschenswert ist Leitstellenerfahrung
- von Vorteil sind Erfahrungen in Planung und Umsetzung BOS-spezifischer Organisations- und / oder Technikprojekte bzw. allgemeine Projekterfahrung
- sehr gute Kommunikationsfähigkeiten, analytische Vorgehensweise, Moderationsstärke, Durchsetzungskraft, Verhandlungsgeschick, ausgeprägte Ziel- und Ergebnisorientierung
- Bereitschaft für eine Sicherheitsüberprüfung der Stufe 1 gem. SÜG
- Bereitschaft zur aufgabenbezogenen Aus- und Weiterbildung
- Zielorientiertes Vorgehen

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs.1 Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Wenn Sie nicht sicher sind, ob Ihr Profil mit den an Sie gestellten Aufgaben in Einklang zu bringen ist, wenden Sie

sich an uns - telefonisch, per Mail oder persönlich!

Unser Angebot

Die PG LI besteht aus einer dynamischen und sehr heterogen zusammengesetzten Mannschaft. Dieses harmonisch zusammenwirkende Team zeichnet sich durch lösungsorientiertes und professionelles Arbeiten aber auch durch Offensein gegenüber neuen Methoden und Wegen aus.

Im Rahmen der Unterstützung einer guten Work-Life-Balance sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten wir eine möglichst flexible Dienstzeitgestaltung. Das Wohlbefinden unserer Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter steht an oberster Stelle und wird deshalb durch ein ausgeprägtes Behördliches Gesundheitsmanagement unterstützt. Wir legen Wert auf persönliche Gestaltungsspielräume in einer wertschätzenden, vertrauensvollen Arbeitsumgebung und geben Möglichkeiten zur gezielten, fachlichen Aus- und Weiterbildung.

Wir bieten Ihnen für diesen abwechslungsreichen und interessanten Aufgabenbereich bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen eine Besoldung bis zur Besoldungsgruppe A 11.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Wir sind bestrebt, den Frauenanteil unserer Beschäftigten zu erhöhen und daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Die zu besetzende Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Für fachliche Auskünfte stehen Ihnen Herr KR Ralf Steinbrink (Leitung Programmgruppe Leitstelleninfrastruktur, Tel.: 06131 65-1600) sowie Herr EPHK Oliver Schuh (Programmleiter zNuE, Tel.: 06131 65-1601) gerne zur Verfügung. Personalrechtliche Fragen beantwortet Frau Sabine Meier (Tel.: 06131 65-5566) aus dem Sachgebiet Personal / Soziales.

Ihre aussagekräftige Bewerbung senden Sie bitte **über den Dienstweg bis spätestens zum 23. November 2018** an das

**Polizeipräsidium Einsatz,
Logistik und Technik
Sachgebiet Personal / Soziales
Postfach 10 01 31
55133 Mainz**

Mit der Bewerbung ist gleichzeitig das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakte zu erteilen.

4699.

Das POLIZEIPRÄSIDIUM EINSATZ, LOGISTIK UND TECHNIK vereint die ehemals eigenständigen Organisationseinheiten der Bereitschaftspolizei, der Zentralstelle für Polizeitechnik und der Wasserschutzpolizei seit dem 1. Oktober 2017 unter einem gemeinsamen Dach.

Aufgrund der damit einhergehenden, vielfältigen Aufgaben wird das Präsidium in ganz Rheinland-Pfalz tätig. Teile seiner Organisationseinheiten auf Ersuchen anderer Länder sogar bundesweit. Die Mitarbeiterzahl des PP ELT beläuft sich auf ca. 1750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit ist es eines der größten Polizeipräsidien in Rheinland-Pfalz.

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt in der Abteilung Beschaffung und Verwaltung, Dezernat - Polizeiverwaltung - eine / n

Hausmeister / -in (Kennziffer PV5/42/2018).

Dienstort: MAINZ

Ihre Aufgaben umfassen im Wesentlichen

- Durchführung von Hausmeisterarbeiten innerhalb und außerhalb der Gebäudes (z.B. Pflege der bepflasterten Freiflächen, des Brunnenbereiches, Mülltrennung)
- Durchführung regelmäßiger Kontrollen des Gebäudezustandes und der haustechnischen Einrichtungen, u. a. Sanitäranlagen, Aufzugsanlagen, Beleuchtung
- Erledigung von Botenfahrten und Einkäufen für den hausmeisterlichen Betrieb
- Vorbereitung von Besprechungsräumen z. B. Bestuhlung
- Unterstützung bei der Veranstaltungstechnik
- Beflaggung des Dienstgebäudes
- Fahrttätigkeiten für die Behördenleitung
- Winterdienst
- Bürorumzüge
- Unterstützung der Reinigungskräfte z.B. bei der Vorbereitung von Grundreinigungen und bei Reinigungsmitteltransport.

Ihr Profil

Vorausgesetzt werden:

- abgeschlossene Berufsausbildung in einem technischen Beruf (vorzugsweise im elektrotechnischen Bereich)
- handwerkliches Geschick und technisches Verständnis
- anwenderorientierte PC-Kenntnisse (MS-Office)
- gesundheitliche Eignung, insbesondere auch zum Heben und Tragen von Lasten
- Fähigkeit, selbstständig zu arbeiten
- Teamfähigkeit
- Hohe Belastbarkeit und Einsatzbereitschaft
- Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft im Kundenkontakt, ausgeprägtes Servicebewusstsein
- Fahrerlaubnis der Klasse B und wünschenswert der Klasse C1
- Bereitschaft zum gelegentlichen Arbeiten an Sonn- / Feiertagen bzw. außerhalb der regulären Dienstzeiten

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs.1 Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Unser Angebot

Im Rahmen der Unterstützung einer guten Work-Life-Balance sowie der

Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten wir eine möglichst flexible Dienstzeitgestaltung. Das Wohlbefinden unserer Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter steht an oberster Stelle und wird deshalb durch ein ausgeprägtes Behördliches Gesundheitsmanagement unterstützt. Wir legen Wert auf persönliche Gestaltungsspielräume in einer wertschätzenden, vertrauensvollen Arbeitsumgebung und geben Möglichkeiten zur gezielten, fachlichen Aus- und Weiterbildung.

Wir bieten Ihnen für diesen abwechslungsreichen und interessanten Aufgabenbereich eine Vergütung nach Entgeltgruppe 5 des Tarifvertrages der Länder (TV-L). Die Entgelttabelle finden Sie unter <http://oeffentlicher-dienst.info/tv-l/west/>.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Ein Nachweis über die Schwerbehinderteneigenschaft ist der Bewerbung beizufügen. Wir sind bestrebt, den Frauenanteil unserer Beschäftigten zu erhöhen und daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Bewerbungen älterer Personen sind ausdrücklich erwünscht.

Die Einstellung erfolgt unbefristet. Die zu besetzende Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Für fachliche Auskünfte steht Ihnen Frau Iris Schott (Tel.: 06131 65-5600) gerne zur Verfügung. Bei allgemeinen personalrechtlichen Fragen wenden Sie sich bitte an Frau Catrin Rottenbacher (Tel.: 06131 65-5554) aus dem Sachgebiet Personal / Soziales.

Ihre aussagekräftige Bewerbung senden Sie bitte **bis spätestens 30. November 2018** an das

**Polizeipräsidium Einsatz,
Logistik und Technik
Sachgebiet Personal / Soziales
Postfach 10 01 31
55133 Mainz**

oder elektronisch (eine zusammenhängende PDF-Datei, maximal 5 MB) an

PPELT.PV3.Bewerbungen@polizei.rlp.de

Bitte stellen Sie uns ausschließlich Kopien (ohne Mappe, Heftung oder Büroklammern) zur Verfügung.

Es erfolgt keine Rücksendung der Bewerbungsunterlagen, diese werden nach Abschluss des Auswahlverfahrens nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet.

4700.

JOHANNES
GUTENBERG-UNIVERSITÄT MAINZ

Im Dekanat des Fachbereichs 07 - Geschichts- und Kulturwissenschaften, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

**einer / s Akademischen Rätin / Rates
- als wissenschaftliche / r Mitarbeiter / in
an einer Hochschule -
(Bes.Gr. A 13 LBesG)
Kenn-Nr.: 4018-07-A13-ms**

zu besetzen.

Aufgabengebiet:

- eigenverantwortliche und sachgerechte Leitung der laufenden Geschäfte des Fachbereiches
- Personalplanung
- Planung und Budgetierung der Haushaltsmittel
- Geschäftsführung des Haushalts-, Struktur- und Kapazitätsausschusses und des Ausschusses für Lehre und Studium sowie weiterer fachbereichsinterner Gremien
- Vertretung des Fachbereichs in inneruniversitären Gremien
- Koordination der Prüfungsverwaltung im Fachbereich
- Mitwirkung bei der Entwicklung von Studien- und Prüfungsordnungen sowie Modulhandbüchern
- Beratung von Lehrenden und Studierenden in prüfungsrechtlichen Angelegenheiten

Einstellungsvoraussetzungen:

- abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium in einem der am Fachbereich 07 vertretenen Fächer, ausgenommen mit einem Bachelorgrad
- grundsätzlich nach erfolgreich abgeschlossenem Hochschulstudium eine hauptberufliche Tätigkeit von mindestens 2 Jahren und 6 Monaten
- sehr gute Promotion in einem geistes- oder kulturwissenschaftlichen Fach
- mehrjährige Erfahrung in der Geschäftsführung eines Fachbereichs, einer Fakultät oder außeruniversitären Forschungsinstituts bzw. Erfahrung in der Prüfungsverwaltung
- sehr gute Kenntnisse der Strukturen und Organisationsformen der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
- fundierte Erfahrungen im Bereich der akademischen Selbstverwaltung
- gute Kenntnisse des Hochschulgesetzes Rheinland-Pfalz, der Kapazitätsverordnung, der Landeslehrverordnung über die Lehrverpflichtung an den Hochschulen, der universitären Grundordnung, der Einschreibordnung sowie alle für den Fachbereich einschlägigen Bachelor-, Master-, Promotions- und Habilitationsordnungen
- Kenntnisse der Landeshaushaltsordnung sowie der internen Beschaffungsvorgänge und Beschaffungsrichtlinien
- Erfahrung in der Personalführung sowie Kenntnisse im Arbeitsrecht (u. a. TV-L, WissZeitVG, Beamtenrecht - Professurenernennungen)
- sehr gute Kenntnisse der Empfehlungen der HRK, der KMK und des Wissenschaftsrates, EU-Vorgaben, DFG-Richtlinien, Forschungsförderung, BA- und MA-Evaluierungs- und Akkreditierungsvorgaben
- gute Kenntnisse der CampusNet-Software

Sofern die beamtenrechtlichen Voraussetzungen nicht oder noch nicht vorliegen, kommt zunächst eine Einstellung als wissenschaftliche Mitarbeiterin oder als wissenschaftlicher Mitarbeiter (EG 13 TV-L) in Betracht.

Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz ist bestrebt, den Anteil der Frauen im wissenschaftlichen Bereich zu erhöhen und hat daher ein besonderes Interesse an der Bewerbung von Frauen.

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre schriftliche Bewerbung mit den als Nachweis der Einstellungsvoraussetzungen erforderlichen Angaben und Unterlagen richten Sie bitte **bis zum 19. November 2018** an den

**Dekan des Fachbereichs 07
Univ.-Prof. Dr. Michael Kißener
Johannes Gutenberg-Universität Mainz
55099 Mainz**

Stellenangebote und weitere Informationen auch im Internet:
www.verwaltung.uni-mainz.de

4701.

JOHANNES
GUTENBERG-UNIVERSITÄT MAINZ

Das Exzellenzcluster PRISMA im Fachbereich 08, Physik, Mathematik und Informatik, sucht ab sofort eine / n

**Assistenten / Assistentin
für ein Arbeitsgruppensekretariat
am Institut für Kernphysik
(EG 8 TV-L)
Kenn-Nr.: 7218-08-ms
- 50 % -.**

Die Stelle ist befristet bis zum 31. Dezember 2025.

Der Exzellenzcluster PRISMA („Precision Physics, Fundamental Interactions and Structure of Matter“) befasst sich mit den grundlegenden Fragen nach der Natur der fundamentalen Bausteine der Materie und ihrer Bedeutung für die Physik des Universums.

Die Arbeitsgruppe von Niklaus Berger am Institut für Kernphysik befasst sich mit Präzisionstests des Standardmodells der Elementarteilchenphysik bis hin zur Mesonspektroskopie, mit einem Schwerpunkt in der Entwicklung neuer Detektor-, Auslese- und Analysetechniken.

Zur Verstärkung suchen wir aufgeschlossene Persönlichkeiten mit hoher kommunikativer Kompetenz, die eine abwechslungsreiche und verantwortungsvolle Tätigkeit schätzen. Sie sollte / n sowohl eigenverantwortlich als auch mit anderen im Team arbeiten können.

Aufgabengebiet:

- eigenverantwortliche und unterschrittsreife Erstellung der Reisekostenabrechnungen

- (überwiegend von Auslandsdienstreisen)
- Zusammenarbeit mit der Etatverwaltung im PRISMA Koordinationsbüro
- Organisation von Sitzungen und Besprechungen sowie weiteren Veranstaltungen der Arbeitsgruppe, Unterstützung des Arbeitsgruppenleiters im Bereich Projektmanagement
- Erledigung allgemeiner Sekretariatsaufgaben wie Ablage, Terminkoordination, Korrespondenz und Beantwortung allgemeiner Anfragen in deutscher und englischer Sprache

Voraussetzungen:

- Kenntnisse im Reisekostenrecht (LRKG, LVO zu § 6 LRKG, ARV, LTGV)
- Kenntnisse der haushaltsrechtlichen Vorgaben und Bewirtschaftungsvorschriften (LHO, HochSchG)
- sicherer Umgang mit den gängigen Datenverarbeitungsprogrammen (Textverarbeitung sowie Serienbriefe, Tabellenkalkulation, Präsentation, E-Mail, elektronische Kalender)
- exzellente mündliche und schriftliche Ausdrucksweise
- sichere Beherrschung der englischen Sprache in Wort und Schrift
- buchhalterische Kenntnisse, Kenntnisse der haushaltsrechtlichen Vorschriften insbesondere der Drittmittelgeber
- Kenntnisse von Organisationstechniken sowie in der Veranstaltungsplanung und des Projektmanagements

Wir bieten:

Eine abwechslungsreiche und verantwortungsvolle Tätigkeit in einem interessanten Umfeld sowie gute Weiterbildungsmöglichkeiten. Eine Weiterbeschäftigung kann erfolgen, wenn DFG die Förderung des Exzellenzclusters PRISMA über 2025 hinaus fortsetzt.

Bewerbungen Älterer sind erwünscht.

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte **unter Angabe der Kenn-Nummer: 7218-08.ms bis zum 16. November 2018** an die

**Abteilung Personal - PA 4 -
Johannes Gutenberg-Universität Mainz
55099 Mainz**

Stellenangebote und weitere Informationen auch im Internet:
www.verwaltung.uni-mainz.de

Bekanntmachungen der Gerichte

4702.**Öffentliche Aufforderung**

Zwischen dem 16. 3. 2016 und dem 17. 3. 2016 verstarb Melanie Heiser, geb. Liewer, geboren am 28. 6. 1973 in Bitburg, letzte Anschrift: 54634 Bitburg.

Erben konnten nicht ermittelt werden. Alle Personen, denen Erbrechte am Nachlass zustehen, werden aufgefordert, diese Rechte innerhalb von 6 Wochen ab Veröffentlichung beim Nachlassgericht Bitburg anzumelden, andernfalls wird gemäß § 1964 BGB festgestellt, dass ein anderer Erbe als der Fiskus

des Landes Rheinland-Pfalz nicht vorhanden ist. Die Rechte vorhandener Erben am Nachlass bleiben durch die gerichtliche Feststellung unberührt.

Bitburg, den 25. Oktober 2018

- 7 VI 289/18 - Das Amtsgericht

4703.

Öffentliche Zustellung

An den Schuldner Gregory S. Griffin, letzte bekannte Adresse - keine -, derzeit unbekannten Aufenthalts, wird ein Schriftstück vom 23. Oktober 2018 öffentlich zugestellt. Das Schriftstück kann in den Räumen d. Abteilung Vollstreckungssachen (Immobilien) des Amtsgerichts Zweibrücken, Herzogstraße 2, 66482 Zweibrücken, Zimmer 132, 1. OG, eingesehen werden. Mit der Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Zweibrücken, den 24. Oktober 2018

- 1 K 21/18 - Das Amtsgericht

Ausschließungsbeschlüsse / Ausschlussurteile

4704.

Ausschließungsbeschluss: Die Gläubiger Johann Wilhelm Mohr V, Christine Schönherr geb. Mohr und Jakob Blaß der im Grundbuch des Amtsgerichts Alzey Gemarkung Vendersheim Blatt 839 in Abteilung III Nr. 1 eingetragenen Sicherungshypothek zu 12.080,- GM werden mit ihren Rechten ausgeschlossen.

Alzey, den 15. Oktober 2018

- 97 UR II 12/18 - Das Amtsgericht

4705.

Ausschließungsbeschluss: 1. Die Grundschuldbriefe: Gruppe 02 Briefnummer 8912064 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Sobernheim Gemarkung Kirn Blatt 2208 in Abteilung III Nr. 35 eingetragene Grundschuld zu 2.700.000,- DM mit 12 % Zinsen jährlich; Gruppe 06 Briefnummer 130946 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Sobernheim Gemarkung Kirn Blatt 2208 in Abteilung III Nr. 36 eingetragene Grundschuld zu 324.000,- DM mit 12 % Zinsen jährlich; Gruppe 06 Briefnummer 130995 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Sobernheim Gemarkung Kirn Blatt 2208 in Abteilung III Nr. 37 eingetragene Grundschuld zu 1.278.229,70 EUR mit 12 % Zinsen jährlich; Gruppe 6 Briefnummer 176032 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Sobernheim Gemarkung Kirn Blatt 2208 in Abteilung III Nr. 38 eingetragene Grundschuld zu 1.278.229,70 EUR mit 10 % Zinsen jährlich; werden für kraftlos erklärt.

Bad Sobernheim, den 22. Oktober 2018

- 6 UR II 12/17 - Das Amtsgericht

4706.

Ausschließungsbeschluss: Der Hypothekenbrief Gruppe 1 Briefnummer 018904 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Sobernheim Gemarkung Kirn Blatt 2769 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Hypothek zu 10.000,- DM zu 9 unter Umständen 10 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Bad Sobernheim, den 15. Oktober 2018

- 6 UR II 8/18 - Das Amtsgericht

4707.

Ausschließungsbeschluss: Der Hypothekenbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Betzdorf Gemarkung Kirchen Blatt 2387 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Hypothek zu 10.000,- DM mit 7 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Betzdorf, den 19. Oktober 2018

- 41 UR II 10/18 - Das Amtsgericht

4708.

Ausschließungsbeschluss: Der im Grundbuch des Amtsgerichts Hermeskeil Gemarkung Prosterath Blatt 813 eingetragene Eigentümer Herr Nikolaus Cornely, geb. am 30. 6. 1859, wird mit seinen Rechten ausgeschlossen.

Hermeskeil, den 17. Oktober 2018

- 1 UR II 1/18 - Das Amtsgericht

4709.

Ausschließungsbeschluss: Der unbekannte Gläubiger der im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Pfaffendorf Blatt 2413 Bezeichnung: Flur 12 Flurstück 52/12, Emserstraße 36, Gebäude- und Freifläche, 1020 qm, in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 450.000,- DM, nebst 16 % Zinsen jährlich wird mit seinen Rechten ausgeschlossen.

Koblenz, den 18. Oktober 2018

- 151 UR II 53/17 - Das Amtsgericht

4710.

Ausschließungsbeschluss: Der Hypothekenbrief Gruppe 1 Briefnummer 056759 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Güls Blatt 3606 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Hypothek zu 10.000,- DM mit mind. 6 und höchstens 11 % Zinsen jährlich, einschließlich eines im Falle des Verzugs zu entrichtenden Zinszuschlages vom 16. September 1965 ab wird für kraftlos erklärt.

Koblenz, den 18. Oktober 2018

- 151 UR II 21/18 - Das Amtsgericht

4711.

Ausschließungsbeschluss: Das Sparbuch der Hypovereinsbank Speyer ausgestellt für das Konto 215804755, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Möhring, Anna Renate geb. Arlt, geb. 19. 6. 1939, verstorben 16. 9. 2017, zuletzt wohnhaft: Ringstraße 16, 67141 Neuhofen, wird für kraftlos erklärt.

Ludwigshafen, den 22. Oktober 2018

- 14 UR II 12/18 - Das Amtsgericht

4712.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Stackeden Blatt 3820 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 7413,73 EUR mit 8 % Zinsen jährlich und der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Stackeden Blatt 3820 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 2965,49 EUR mit 8 % Zinsen jährlich werden für kraftlos erklärt.

Mainz, den 23. Oktober 2018

- 73 UR II 52/18 - Das Amtsgericht

4713.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mayen Gemarkung Obermendig Blatt 1284 in Abteilung III Nr. 7 eingetragene Grundschuld zu 4000,- DM mit 12 % Zinsen jährlich und der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mayen Gemarkung Obermendig Blatt 1284 in Abteilung III Nr. 8 eingetragene Grundschuld zu 3000,- DM mit 12 % Zinsen jährlich werden für kraftlos erklärt.

Mayen, den 19. Oktober 2018

- 2 UR II 8/18 - Das Amtsgericht

4714.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief Gruppe 03 Briefnummer 00505691 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Montabaur Gemarkung Kadenbach Blatt 1198 in Abteilung III Nr. 1 B eingetragene Grundschuld zu 25.200,- DM mit 15 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Montabaur, den 18. Oktober 2018

- 19a UR II 14/18 - Das Amtsgericht

4715.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Sinzig Gemarkung Oberbreisig Blatt 2356 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 15.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Sinzig, den 17. Oktober 2018

- 5b UR II 6/18 - Das Amtsgericht

4716.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief Gruppe 6 Briefnummer 136619 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Heiligkreuz Blatt 1908 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 30.677,51 EUR mit 12 % Zinsen jährlich und der Grundschuldbrief Gruppe 02 Briefnummer 0283628 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Heiligkreuz Blatt 1908 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 57.878,24 EUR mit 10 % Zinsen jährlich, Grundschuldbrief Gruppe 02 Briefnummer 1556658 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Heiligkreuz Blatt 1908 in Abteilung III Nr. 5 eingetragene Grundschuld zu 153.387,56 EUR mit 15 % Zinsen jährlich werden für kraftlos erklärt.

Trier, den 23. Oktober 2018

- 50A UR II 20/18 - Das Amtsgericht

4717.

Ausschließungsbeschluss: Das Sparbuch der Sparkasse Trier Sparbuchnummer 305804635 ausgestellt für das gleichnamige Konto, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Frau Lisa Moog, Zur Sandgrube 7, 54338 Schweich, wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 23. Oktober 2018

- 50A UR II 29/18 - Das Amtsgericht

4718.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 4501882, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Sankt Matthias Blatt 13787 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 84.260,90 EUR mit 8 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 24. Oktober 2018

- 50A UR II 32/18 - Das Amtsgericht

4719.

Ausschlussbeschluss: Das Sparbuch der Sparkasse Trier, Sparbuchnummer 402123855, ausgestellt für das gleichnamige Konto, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Herr Alfons Strupp, Weinbergstraße 7, 54441 Wellen, wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 24. Oktober 2018

- 50A UR II 39/18 - Das Amtsgericht

4720.

Ausschlussbeschluss: Der Grundschuldbrief Gruppe 4 Briefnummer 064664 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Westerburg Gemarkung Büdingen Blatt 852 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 1840,65 EUR nebst 5,5 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Westerburg, den 18. Oktober 2018

- 26b UR II 5/18 - Das Amtsgericht

Aufgebote

4721.

Herr Dipl. Rpfl. (FH) Torsten Lechner, Julius-Leber-Straße 29, 67551 Worms-Pfeddersheim, hat am 14. Juni 2018 als Nachlasspfleger für die unbekannten Erben von Stefan Rauberger, geb. am 28. 12. 1953, verstorben zwischen dem 22. 3. 2015 und 27. 3. 2015, zuletzt wohnhaft: Obermarkt 8, 55232 Alzey (Amtsgericht Alzey, 7 VI 249/2015), den Antrag auf Ausschließung von Nachlassgläubigern bei Gericht eingereicht. Erblasser: Herr Stefan Rauberger, geb. am 28. 12. 1953. Letzte Anschrift des Erblassers: Obermarkt 8, 55232 Alzey.

Die Nachlassgläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen gegen den Nachlass des Erblassers **spätestens bis zu dem 15. Januar 2019** vor dem Amtsgericht Alzey anzumelden. In der Anmeldung sind Gegenstand und Grund der Forderung anzugeben. Beweisurkunden sind der Anmeldung in Urschrift oder Abschrift beizufügen. Nachlassgläubiger, die sich nicht melden, können von dem Erben nur insoweit Befriedigung ihrer Forderungen verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuss ergibt; das Recht, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden, bleibt unberührt.

Alzey, den 15. Oktober 2018

- 97 UR II 15/18 - Das Amtsgericht

4722.

Rechtsanwalt Dr. David Starke, Galgenwiesenweg 23, 55232 Alzey, hat am 14. Juni 2018 als Nachlasspfleger für die unbekannten Erben von Friedrich Jakob-Güttler geb. Jakob, geb. am 30. 6. 1950, verstorben am 29. 6. 2017, zuletzt wohnhaft: 08309 Eibenstein (Amtsgericht Alzey, 7 VI 408/2017), den Antrag auf Ausschließung von Nachlassgläubigern bei Gericht eingereicht. Erblasser: Herr Friedrich Jakob-Güttler. Letzte Anschrift des Erblassers: 08309 Eibenstein.

Die Nachlassgläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen gegen den Nachlass des Erblassers **spätestens bis zu dem 15. Januar 2019** vor dem Amtsgericht Alzey anzumelden. In der Anmeldung sind Gegenstand und Grund der Forderung anzugeben. Beweisurkunden sind der Anmeldung in Urschrift oder Abschrift beizufügen. Nachlassgläubiger, die sich nicht melden, können von dem Erben nur insoweit Befriedigung ihrer

Forderungen verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuss ergibt; das Recht, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden, bleibt unberührt.

Alzey, den 15. Oktober 2018

- 97 UR II 16/18 - Das Amtsgericht

4723.

Frau Noojuim Gland, Augustusring 44, 55286 Wörrstadt, und Herr Alexander Gland, Mainstraße 17, 656474 Bischofsheim, haben am 19. Juli 2018 (UR-Nr. 846/2018, Notar Feth in Wörrstadt) den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief Gruppe 4 Briefnummer 197231 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Alzey Gemarkung Wörrstadt Blatt 3756 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 15.000,- DM. Eingetragener Berechtigter: Aareal Bank AG, Wiesbaden (ehemals: Deutsche Bau- und Bodenbank AG - Zweigniederlassung Mainz -).

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 15. Januar 2019** vor dem Amtsgericht Alzey anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Alzey, den 15. Oktober 2018

- 97 UR II 25/18 - Das Amtsgericht

4724.

Die Sparkasse Worms-Alzey-Ried, Luther-ring 15, 67547 Worms, hat am 23. Juli 2018 den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief Gruppe 2 Briefnummer 13554106 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Alzey Gemarkung Alzey Blatt 6817 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 100.000,- DM. Eingetragener Berechtigter: Sparkasse Worms-Alzey-Ried, Worms (ehemals: Kreissparkasse Alzey, Alzey).

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 15. Januar 2019** vor dem Amtsgericht Alzey anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Alzey, den 15. Oktober 2018

- 97 UR II 27/18 - Das Amtsgericht

4725.

Frau Elke Marliese Graf, Breitenheim, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief Gruppe 02 Briefnummer 8912008 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Sobernheim Gemarkung Breitenheim Blatt 1351 in Abteilung III Nr. 6 eingetragene Grundschuld zu 50.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Sparkasse Bad Kreuznach, Bad Kreuznach.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 25. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Bad Sobernheim anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Bad Sobernheim, den 25. Oktober 2018

- 6 UR II 14/18 - Das Amtsgericht

4726.

Herr Raimund Hanen, Bergstraße 10, 54636 Wiersdorf, Frau Erika Hanen, Bergstraße 10, 54636 Wiersdorf und die BHW Bausparkasse AG, vertreten durch d. Vorstand, Lubahnstraße 2, 31781 Hameln, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief Gruppe 02 Briefnummer 9412842 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bitburg Gemarkung Wiersdorf Blatt 503 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 38.700,- DM nebst 15 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: BHW Bausparkasse Beamtenheimstättenwerk Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, Hameln.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 19. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Bitburg anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Bitburg, den 18. Oktober 2018

- 5 UR II 10/18 - Das Amtsgericht

4727.

Frau Jeanette Wunderlich, Herscheidstraße 4, 56283 Halsenbach, und Frau Heike Brigitte Zeutheim, Parkstraße 17, 56154 Boppard, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief Briefnummer 143143 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Oberspay Blatt 1119 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 40.000,- DM mit 9 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Raiffeisenkasse Kirchspiel Spay eG mbH in Niederspay, heute Volksbank Rhein-Nahe-Hunsrück eG, Salinenstraße 40 - 46, 55543 Bad Kreuznach.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 21. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Koblenz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Koblenz, den 21. Oktober 2018

- 153 UR II 43/18 - Das Amtsgericht

4728.

Frau Erna Katharina Schmitt, Moselstraße 5, 56332 Burgen, und Herr Ewald Schmitt, Moselstraße 5, 56332 Burgen, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief Gruppe 02 Briefnummer 3137877 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Burgen (bei Koblenz) Blatt 1679 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 30.500,- DM mit 12,5 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Kreissparkasse Mayen, abgetreten seit dem 16. August 1977 an das Beamtenheimstättenwerk Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, Hameln, Lubahnstraße 2, 31789 Hameln.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 21. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Koblenz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Koblenz, den 21. Oktober 2018

- 153 UR II 50/18 - Das Amtsgericht

4729.

Die Sparkasse Südliche Weinstraße, Marie-Curie-Straße 5, 76829 Landau in der Pfalz, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief Gruppe 02, Briefnummer 5280389, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landau in der Pfalz Gemarkung Insheim Blatt 742 in Abteilung III Nr. 7 eingetragene Grundschuld zu 52.530,- DM. Eingetragener Berechtigter: Badenia Bausparkasse GmbH in Karlsruhe.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 3. Januar 2019** vor dem Amtsgericht Landau in der Pfalz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Landau, den 17. Oktober 2018

- 1 UR II 27/18 - Das Amtsgericht

4730.

Herr Hermann Rummel, Hauptstraße 114, 67482 Freimersheim, und Frau Irmgard Katharina Rummel, Hauptstraße 114, 67482 Freimersheim, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landau in der Pfalz Gemarkung Freimersheim Blatt 889 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 21.700,- DM. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Mainz, Aktiengesellschaft in Mainz.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 3. Januar 2019** vor dem Amtsgericht Landau in der Pfalz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Landau, den 17. Oktober 2018

- 1 UR II 28/18 - Das Amtsgericht

4731.

Frau Irmgard Eckhardt, Schernau 1, 66894 Martinshöhe, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 6, Briefnummer 013932, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landstuhl Gemarkung Miesenbach Blatt 1179 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 5000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Raiffeisenkasse Miesenbach e.G.m.b.H. (jetzt: Volksbank Kaiserslautern e.G.), Kanalstraße 4, 67655 Kaiserslautern.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 11. Januar 2019** vor dem Amtsgericht Landstuhl anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Landstuhl, den 23. Oktober 2018

- 2 UR II 15/18 - Das Amtsgericht

4732.

Die Volks- und Raiffeisenbank Neuwied-Linz eG, Langendorfer Straße 147, 56564 Neuwied, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief Gruppe 02 Briefnummer 6932458 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Linz am Rhein Gemarkung Erpel Blatt 1941 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 20.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % einmaliger Nebenleistung. Eingetragener Be-

rechtigter: Volksbank Linz eG (jetzt: Volks- und Raiffeisenbank Neuwied-Linz eG in Neuwied).

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 15. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Linz am Rhein anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Linz, den 15. Oktober 2018

- 5a UR II 17/18 - Das Amtsgericht

4733.

Herr Rechtsanwalt Ulrich Jungbluth, Am Sändchen 12, 53545 Linz am Rhein, hat als Nachlasspfleger den Antrag auf Ausschließung von Nachlassgläubigern bei Gericht eingereicht. Erblasser: Herr Heinz Wilfried Heßling, geb. am 3. 5. 1949, verstorben zwischen dem 15. 2. 2014 und dem 16. 2. 2014. Letzter Wohnsitz des Erblassers: 53565 Buchholz.

Die Nachlassgläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen gegen den Nachlass des Erblassers **spätestens bis zu dem 15. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Linz am Rhein anzumelden. In der Anmeldung sind Gegenstand und Grund der Forderung anzugeben. Beweisurkunden sind der Anmeldung in Urschrift oder Abschrift beizufügen. Nachlassgläubiger, die sich nicht melden, können von dem Erben nur insoweit Befriedigung ihrer Forderungen verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuss ergibt; das Recht, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden, bleibt unberührt.

Linz, den 15. Oktober 2018

- 5a UR II 18/18 - Das Amtsgericht

4734.

Herr Peter Paul Simon, Waldbreitbacher Straße 85 a, 53557 Bad Honningen, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gr. 02, Briefnr. 6932830, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Linz am Rhein Gemarkung Bad Honningen Blatt 4935 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 182.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistung. Eingetragener Berechtigter: Deutsche Bank Aktiengesellschaft - Filiale Koblenz - (jetzt: Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG).

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 25. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Linz am Rhein anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Linz, den 25. Oktober 2018

- 5a UR II 19/18 - Das Amtsgericht

4735.

1. Herr Thomas Quast, Fontanestraße 90, 55127 Mainz, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz, Gemarkung Bretzenheim (Mainz) Blatt 3580 in Abteilung III Nr. 10 eingetragene Grundschuld zu 39.700,- DM mit 6,5 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Beamtenheimstättenwerk Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hauptverwaltung für die Bundesrepublik Deutschland, Hameln.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 25. Januar 2019** vor dem Amtsgericht Mainz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird. 2. Der Gegenstandswert wird auf 5074,57 EUR (25 % des Wertes des Grundpfandrechts) festgesetzt.

Mainz, den 24. Oktober 2018

- 73 UR II 69/18 - Das Amtsgericht

4736.

Herr Artur Thomas, Wiedfeldtstraße 58 a, 45133 Essen, hat den Antrag auf Ausschließung des Eigentümers bei Gericht eingereicht. Betroffen sind die Grundstücke: Amtsgericht Montabaur Gemarkung Wölferlingen Blatt 258 + 259. Bezeichnung: Flur 24 Flurstück 16 Heide 1267 qm + Flur 1 Flurstück 191/1 Saxbitz 235 qm. Eigentümer laut Grundbucheintrag: Blatt 258: Herr Friedrich Rehn und seine Ehefrau Pauline Rehn geb. Sanner in Schalke als Miteigentümer kraft ehelicher Gütergemeinschaft. Blatt 259: Frau Pauline Rehn geb. Sanner in Schalke.

Der im Grundbuch eingetragene Eigentümer wird aufgefordert, seine Eigentümerrechte **spätestens bis zu dem 25. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Montabaur anzumelden, da ansonsten seine Ausschließung der Rechte als Eigentümer erfolgen wird.

Montabaur, den 19. Oktober 2018

- 19a UR II 25/17 - Das Amtsgericht

4737.

Herr Dr. Lothar Schüssler, Kirschenstraße 10, 53340 Meckenheim, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Montabaur Gemarkung Siershahn Blatt 742 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 4600,- DM mit 8 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Ludwigsburg.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 15. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Montabaur anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Montabaur, den 15. Oktober 2018

- 19a UR II 22/18 - Das Amtsgericht

4738.

Die Volksbank Koblenz Mittelrhein eG, Rizzastraße 34, 56068 Koblenz, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Sinzig Gemarkung Oberwinter Blatt 3544 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 243.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen einmalig. Eingetragener Berechtigter: BWV-Bank für Wirtschaft und Verkehr Volksbank eG Koblenz, Niederlassung Sinzig in Sinzig.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 25. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Sinzig anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Sinzig, den 24. Oktober 2018

- 5a UR II 14/18 - Das Amtsgericht

4739.

Frau Edith Marzi, Bornewasserstraße 34, 54294 Trier, und Frau Anna Magdalena Marzi, Bornewasserstraße 34, 54294 Trier, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Sankt Matthias Blatt 8214 und 8215 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 2600,- DM mit 4 % Zinsen jährlich. Eingetragene Berechtigte: Volksbank Trier eG, Herzogenbuscher Straße 16 - 18, 54292 Trier.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 18. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Trier, den 17. Oktober 2018

- 50A UR II 52/18 - Das Amtsgericht

4740.

Herr Aloysius Berg, Tarforster Straße 44, 54296 Trier, und Frau Johanna Berg, Tarforster Straße 44, 54296 Trier, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Tarforst Blatt 1441 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 50.000,- DM. Eingetragene Berechtigte: Stadtparkasse Trier; jetzt: Sparkasse Trier, Theodor-Heuss-Allee 1, 54292 Trier.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 25. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Trier, den 24. Oktober 2018

- 50A UR II 54/18 - Das Amtsgericht

4741.

Dr. Norbert Müller, Am Schroer 27, 45257 Essen, hat als Testamentsvollstrecker der Verstorbenen Ilse Helene Elisabeth König den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief Gruppe 4 Briefnummer 118348 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Sankt Matthias Blatt 6126 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 8000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich. Eingetragene Berechtigte: Stadtparkasse Trier; jetzt: Sparkasse Trier, Theodor-Heuss-Allee 1, 54292 Trier.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 25. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Trier, den 23. Oktober 2018

- 50A UR II 56/18 - Das Amtsgericht

4742.

Frau Angela Strempel-Walter, Porschestraße 26, 75152 Pforzheim, Herr Peter Strempel, Strittholzstraße 50, 82211 Herrsching, Herr Dr. med. Thomas Schmid, 2 rue de Schoeneck, F-57350 Stiring-Wendel Frankreich, Frau Dr. Almut Christiane Schmid, Kardinal-Bertram-Weg 12, 33102 Paderborn, und Frau Dr. Britta Annette Ullrich, Lohengrinstraße 17, 82031 Grünwald, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei

Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Trier Blatt 9919 in Abteilung III Nr. 9 eingetragene Grundschuld zu 50.000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich. Eingetragene Berechtigte: Stadtparkasse Trier; jetzt: Sparkasse Trier, Theodor-Heuss-Allee 1, 54292 Trier.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 18. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Trier, den 17. Oktober 2018

- 50A UR II 70/18 - Das Amtsgericht

4743.

Herr Franz Heinz, Graf-Reginar-Straße 5, 54294 Trier, und Frau Monika Heinz, Graf-Reginar-Straße 5, 54294 Trier, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief Gruppe 02 Briefnummer 6969961 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Sankt Matthias Blatt 14177 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 16.361,34 EUR mit 15 % Zinsen jährlich. Eingetragene Berechtigte: Beamtenheimstättenwerk Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst in Hameln; jetzt: BHW Bausparkasse AG, Lubahnstraße 2, 31789 Hameln.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 18. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Trier, den 17. Oktober 2018

- 50A UR II 76/18 - Das Amtsgericht

4744.

Herr Matthias Ferger, Zum Wingert 5, 54344 Kenn, und Herr Edgar Ferger, Zum Wingert 5, 54344 Kenn, haben den Antrag auf Kraftloserklärung mehrerer abhanden gekommenen Urkunden bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief Gruppe 02 Briefnummer 3827453 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Kenn Blatt 3569 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 70.700,- DM mit 8 % Zinsen jährlich. Eingetragene Berechtigte: Bausparkasse Gemeinschaft der Freuden Wüstenrot gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Ludwigsburg; jetzt: Wüstenrot Bausparkasse AG, Wüstenrotstraße 1, 48149 Ludwigsburg. Des Weiteren handelt es sich um den Grundschuldbrief Gruppe 02 Briefnummer 4501955 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Kenn Blatt 3569 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 30.000,- DM mit 12 % Zinsen jährlich. Eingetragene Berechtigte: Westdeutsche Landesbank Girozentrale (Landes-Bausparkasse) Düsseldorf/Münster; jetzt: LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, Himmelsreichallee 40, 48149 Münster.

Der Inhaber der Grundschuldbriefe wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 18. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Briefe erfolgen wird.

Trier, den 17. Oktober 2018

- 50A UR II 78/18 - Das Amtsgericht

4745.

Frau Gabriele Urbanski hat als Vertreterin für Herrn Otto Marx, Im Weerberg 7, 54329 Konz, und Frau Hildegard Marx, Im Weerberg 7, 54329 Konz, den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um das Sparbuch der Sparkasse Trier, Sparbuchnummer 391023868, ausgestellt für das gleichnamige Konto. Das Sparbuch lautet auf: Herr Otto und Hildegard Marx, Im Weerberg 7, 54329 Konz.

Der Inhaber des Sparbuchs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 25. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Sparbuchs erfolgen wird.

Trier, den 24. Oktober 2018

- 50A UR II 81/18 - Das Amtsgericht

4746.

Herr Thomas Lang, Am Seitbach 10, 54310 Ralingen, Herr Klaus-Harald Lang, Hubert-Neuerburg-Straße 10a, 54290 Trier, Herr Bernhard Lang, Medardstraße 46, 54294 Trier, und Herr Heinz-Josef Lang, Am Kiwelsberg 27, 54295 Trier, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief Briefnummer 14488813 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Sankt Matthias Blatt 14188 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 51.129,19 EUR mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen einmalig. Eingetragene Berechtigte: Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Filiale Trier; jetzt: Commerzbank Aktiengesellschaft, Kaiserstraße 16, 60311 Frankfurt am Main.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 18. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Trier, den 17. Oktober 2018

- 50A UR II 91/18 - Das Amtsgericht

4747.

Herr Kurt Dauns, Siedlung 0, 54538 Hontheim (Krinkhof), hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief Gruppe 6 Briefnummer 063009 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Wittlich Gemarkung Hontheim Blatt 1535 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 70.500,- DM mit 8 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Deutsche Siedlungsbank Anstalt des öffentlichen Rechts, 53105 Bonn.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 11. Februar 2019** vor dem Amtsgericht Wittlich anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Wittlich, den 9. Oktober 2018

- 42c UR II 12/18 - Das Amtsgericht

Zwangsversteigerungsverfahren

– Terminbestimmungen –

Die nachstehenden unter lfd. Nr. 4748 bis 4781 bezeichneten Grundstücke (Erbbaurechte) sollen zu den dort angegebenen Zeiten versteigert werden. In jeder dieser Zwangsversteigerungssachen erlässt das Gericht folgende Aufforderungen:

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller widerspricht. Andernfalls wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung der Ansprüche an Kapital, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Grundstück bezweckenden Rechtsverfolgung mit Angabe des beanspruchten Ranges schriftlich einzureichen oder zu Protokoll der Geschäftsstelle zu erklären.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks, des Erbbaurechtes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, so tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

4748.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Donnerstag, dem 31. Januar 2019, 9.30 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Bad Kreuznach, John-F.-Kennedy-Straße 17, 55543 Bad Kreuznach, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Pfaffen-Schwabenheim Gemarkung Pfaffen-Schwabenheim Flur 9 Flurstück Nr. 170/8, Gebäude- und Freifläche, Untere Gewerbestraße, 4347 m², Blatt 1849 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): nicht unterkellertes, offenes Hallengebäude (Holzbauweise); Untere Gewerbestraße 22. Verkehrswert: 168.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 24. Juni 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bad Kreuznach, den 11. Oktober 2018

- 3 K 75/15 -

Das Amtsgericht

4749.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Donnerstag, dem 24. Januar 2019, 9.30 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Bad Kreuznach, John-F.-Kennedy-Straße 17, 55543 Bad Kreuznach, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Neuerkirch Gemarkung Neuerkirch Flur 4 Flurstück Nr. 7/17, Gebäude- und Freifläche, Bergwies 8, 652 m², Blatt 596 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): freistehendes, unterkellertes, eingeschossiges Einfamilienhaus mit Dachgeschossausbau. Verkehrswert: 270.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 22. Dezember 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bad Kreuznach, den 11. Oktober 2018

- 35 K 77/17 -

Das Amtsgericht

4750.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Mittwoch, dem 23. Januar 2019, 14.00 Uhr**, Raum 106, Sitzungssaal, Amtsgericht Bad Neuenahr-Ahrweiler, Wilhelmstraße 55 - 57, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler, folgender Grundbesitz öffentlich versteigert werden.

Eingetragen im Grundbuch von Berg (Eifel) Gemarkung Berg (Eifel) Flur 4 Flurstück Nr. 112/3, Hof- und Gebäudefläche, Freisheim Hs. Nr. 52 (Im Pesch), 784 m², Blatt 1815 BV 2, Wohnhaus inkl. Anbau und ehem. Gaststätte; Verkehrswert: 253.000,- EUR.

Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 2. Dezember 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bad Neuenahr-Ahrweiler, den 24. Oktober 2018

- 6 K 26/16 -

Das Amtsgericht

4751.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am **Mittwoch, dem 6. Februar 2019, 14.00 Uhr**, Raum 106, Sitzungssaal, Amtsgericht Bad Neuenahr-Ahrweiler, Wilhelmstraße 55 - 57, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler, folgendes Grundstück öffentlich versteigert werden.

Eingetragen im Grundbuch von Reifferscheid Gemarkung Reifferscheid Flur 5 Flurstück Nr. 102/2, Gebäude- und Freifläche, Erholungsfläche, Euskirchener Straße 1, 1160 m², Verkehrswert: 71.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 16. März 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bad Neuenahr-Ahrweiler, den 24. Oktober 2018

- 6 K 9/18 -

Das Amtsgericht

4752.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das nachbenannte Teileigentum am **Freitag, dem 8. März 2019, 10.40 Uhr**, Raum 508, Sitzungssaal, Amtsgericht Betzdorf, Friedrichstraße 17, 57518 Betzdorf, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Wissen Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum Miteigentumsanteil 3770/10.000, Sondereigentumsart im Untergeschoss und Erdgeschoss gelegenen Gewerbeeinheit, Sondereigentums-Nr. 1, Sondernutzungsrecht: Einstellplatz, Blatt 4308 BV 1; an Grundstück Gemarkung Wissen Flur 4 Flurstück Nr. 137/3, Gebäude- und Freifläche, Marktstraße 27, Auf dem Platz 1, 115 m²; Gemarkung Wissen Flur 4 Flurstück Nr. 136/5, Gebäude- und Freifläche, Marktstraße 27, Auf dem Platz 2, 32 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): leerstehendes Ladenlokal. Verkehrswert: 110.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 16. Oktober 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Betzdorf, den 25. September 2018

- 14 K 84/17 -

Das Amtsgericht

4753.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am **Mittwoch, dem 6. März 2019, 9.00 Uhr**, Raum 101, Sitzungssaal, Amtsgericht Bingen am Rhein, Mainzer Straße 52, 55411 Bingen am Rhein, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Zotzenheim lfd. Nr. 1 Gemarkung Zotzenheim Flur 2 Flurstück Nr. 307, Landwirtschaftsfläche, Im hintersten Grund, 239 m², Blatt 1284 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Zotzenheim Flur 2 Flurstück Nr. 388, Landwirtschaftsfläche, Im oberen Eiser, 573 m², Blatt 1284 BV 2; lfd. Nr. 3 Gemarkung Zotzenheim Flur 2 Flurstück Nr. 408, Landwirtschaftsfläche, Im unteren Eiser, 997 m², Blatt 1284 BV 3; lfd. Nr. 4 Gemarkung Zotzenheim Flur 2 Flurstück Nr. 472, Landwirtschaftsfläche, In der Viehtrift, 1065 m², Blatt 1284 BV 4; lfd. Nr. 5 Gemarkung Zotzenheim Flur 2 Flurstück Nr. 306, Landwirtschaftsfläche, Im hintersten Grund, 564 m², Blatt 1284 BV 5; lfd. Nr. 6 Gemarkung Zotzenheim Flur 2 Flurstück Nr. 308, Landwirtschaftsfläche, Im hintersten Grund, 1177 m², Blatt 1284 BV 6. Lfd. Nr. 1: Verkehrswert: 800,- EUR. Lfd. Nr. 2: Verkehrswert: 2000,- EUR. Lfd. Nr. 3: Verkehrswert: 4150,- EUR. Lfd. Nr. 4: Verkehrswert: 4400,- EUR. Lfd. Nr. 5: Verkehrswert: 2200,- EUR. Lfd. Nr. 6: Verkehrswert: 4400,- EUR. Lfd. Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6: Es handelt sich jeweils um als Weingarten genutzte Grundstücke.

Weitere Informationen hierzu sind im Internet unter www.zvrlp.de zu finden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 9. März 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bingen am Rhein, den 18. Oktober 2018

- 4 K 6/16 -

Das Amtsgericht

4754.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Montag, dem 25. Februar 2019, 10.00 Uhr**, Raum II, Sitzungssaal, Amtsgericht Diez, Schloßberg 11, 65582 Diez, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Diez Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 103,15/1000, Sondereigentums-Art: Wohnung, Balkon und Keller, SE-Nr. 6 Sondernutzungsrecht an PKW-Stellplatz „C“, Blatt 4904 BV 1; an Grundstück Gemarkung Diez Flur 30 Flurstück Nr. 61/105, Gebäude- und Freifläche, Basaltring 21, 1031 m². Zusatz: zu je 1/2-Anteil. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Eigentumswohnung im Dachgeschoss. Verkehrswert: 103.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 9. März 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Diez, den 16. Oktober 2018

- 10 K 9/18 -

Das Amtsgericht

4755.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Montag, dem 18. März 2019, 10.00 Uhr**, Raum II, Sitzungssaal, Amtsgericht Diez, Schloßberg 11, 65582 Diez, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Allendorf Gemarkung Allendorf Flur 1 Flurstück Nr. 128, Gebäude-

und Freifläche, Hauptstraße 9, 724 m², Blatt 528 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Zweifamilien-Wohnhaus, Nebengebäude und Garage; Verkehrswert: 56.800,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 5. April 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Diez, den 18. Oktober 2018

- 10 K 13/18 - Das Amtsgericht

4756.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 19. Februar 2019, 10.00 Uhr**, Raum 123, Sitzungssaal, Amtsgericht Koblenz, Karmeliterstraße 14, 56068 Koblenz, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Vallendar Gemarkung Vallendar Flur 27 Flurstück Nr. 51/33, Gebäude- und Freifläche, Rheinstraße 91, 479 m², Blatt Nr. 6001 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Es handelt sich um ein Wohnhaus (ehemaliges Bahnhofsgebäude); Verkehrswert: 72.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 20. Oktober 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Koblenz, den 22. Oktober 2018

- 21 K 14/15 - Das Amtsgericht

4757.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 23. Januar 2019, 14.00 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Kusel, Trierer Straße 71, 66869 Kusel, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Langweiler (Pfalz) Gemarkung Langweiler (Pfalz) Flur 4 Flurstück Nr. 10, Gebäude- und Freifläche, Unter Stummewald, 2669 m², Blatt 829 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 86.400,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 10. Dezember 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Kusel, den 23. Oktober 2018

- 1 K 90/13 (2) - Das Amtsgericht

4758.

Im Wege der Zwangsvollstreckung (Wiederversteigerung) soll **am Mittwoch, dem 16. Januar 2019, 10.00 Uhr**, Raum III, Sitzungssaal, Amtsgericht Linz am Rhein, Am Konvikt 10, 53545 Linz am Rhein, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Hönningen lfd. Nr. 1 Gemarkung Hönningen Flur 47 Flurstück Nr. 302/21, Gebäude- und Freifläche, Bischof-Stradmann-Straße 10, 603 m², Blatt 7150 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Hönningen Flur 47 Flurstück Nr. 22/4, Gebäude- und Freifläche, am hohen Rhein, 165 m², Blatt 7150 BV 2; lfd. Nr. 3 Gemarkung Hönningen Flur 47 Flurstück Nr. 22/5, Gebäude- und Freifläche, Bischof-Stradmann-Straße 10, 458 m², Blatt 7150 BV 3. lfd. Nr. 1: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück bebaut mit Hotel/Gaststättengebäude; Verkehrswert: 105.000,- EUR. lfd. Nr. 2: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück bebaut mit Hotel/Gaststättengebäude; Verkehrswert: 30.000,- EUR. lfd. Nr. 3: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück bebaut mit Hotel/Gaststättengebäude; Verkehrswert: 0,- EUR.

digen): Grundstück bebaut mit Hotel/Gaststättengebäude; Verkehrswert: 0,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 22. September 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Linz, den 22. Oktober 2018

- 6 K 27/17 - Das Amtsgericht

4759.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 10. Januar 2019, 14.00 Uhr**, Raum XIII, Sitzungssaal, Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein, Wittelsbachstraße 10, 67061 Ludwigshafen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Mundenheim Gemarkung Mundenheim Flur/Flurstück 1742/4, Gebäude- und Freifläche, Fuggerstraße 15, 946 m², Blatt 10410 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): freistehendes Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung, zwei Garagenstellplätzen und einem Stellplatz vor dem Haus, Hauptwohnung: Wfl. ca. 288 qm, Fitness- und Hobbybereich: Fläche ca. 186 qm, Einliegerwohnung (3 Zimmer): Wfl. ca. 95 qm, mit Terrasse und Swimmingpool im Garten, Bj. 1996; - ohne Gewähr - Verkehrswert: 720.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de und www.zvg.com.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Sparkasse Südliche Weinstraße, Frau Gauer, Tel. 06341 187402.

Der Versteigerungsvermerk ist am 22. Oktober 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Ludwigshafen, den 24. Oktober 2018

- 3 K 99/14 - Das Amtsgericht

4760.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 10. Januar 2019, 10.00 Uhr**, Raum XIII, Sitzungssaal, Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein, Wittelsbachstraße 10, 67061 Ludwigshafen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Maxdorf Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil 1/20, Sondereigentums-Art: Räume, SE-Nr. - 13 - Sondernutzungsrecht: alleiniges Sondernutzungsrecht an der rot gekennzeichneten Grundstücksfläche und gemeinschaftliches Sondernutzungsrecht an dem Windfang und dem Raum „HA“ mit dem jeweiligen Eigentümer der Wohneinheit - 14 - Blatt 3852 BV 1; an Grundstück Gemarkung Maxdorf Flur/Flurstück 144/3, Gebäude- und Freifläche, Ziegelstraße 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 3014 m²; Gemarkung Maxdorf Flur/Flurstück 143/2, Verkehrsfläche/Ziegelstraße, 4 m²; Gemarkung Maxdorf Flur/Flurstück 141/4, Verkehrsfläche/Ziegelstraße, 10 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Doppelhaushälfte Ziegelstraße 13B, zweigeschossig, unterkellert, ca. 119 qm Wohnfläche, Balkon und südliche Terrasse, Bj. ca. 1998, 2 hintereinanderliegende Stellplätze im Freien, verwilderter Garten; Verkehrswert: 175.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 74 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de und www.zvg.com.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: DKB Grundbesitzvermittlung GmbH, Tel. 03681 7966-7952.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. August 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Ludwigshafen, den 25. Oktober 2018

- 3 K 89/15 - Das Amtsgericht

4761.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 7. Februar 2019, 14.30 Uhr**, Raum 16, Sitzungssaal, Amtsgericht Mainz, Diether-von-Isenburg-Straße, 55116 Mainz, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Erbbaurecht, eingetragen zu je 1/2-Anteil im Erbbaugrundbuch von Oppenheim Blatt 4308 unter BV 1, an dem im Grundstücksgrundbuch von Oppenheim Blatt 4500 unter BV 15 eingetragenen Grundstück Gemarkung Oppenheim Flur 8 Flurstück Nr. 104/20, Gebäude- und Freifläche, Graf-Zeppelin-Allee 21, 207 m². Zusatz: eingetragen im Grundstücksgrundbuch unter Abteilung II Nr. 11 für die Dauer von 99 Jahren ab Eintragung, dem 14. August 2000; Zustimmung des Eigentümers ist erforderlich zur Veräußerung und Belastung; Eigentümer: Stadt Oppenheim. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): einseitig angebaute Doppelhaushälfte (Einfamilienhaus) mit ca. 126 m² Wohnfläche und Carport, nicht unterkellert, Baujahr 2002; Verkehrswert: 200.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 12. April 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Zur Zuschlagserteilung ist die Zustimmung des Grundstückseigentümers erforderlich.

Mainz, den 23. Oktober 2018

- 260 K 14/17 - Das Amtsgericht

4762.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Mittwoch, dem 20. Februar 2019, 14.30 Uhr**, Raum 207, Sitzungssaal, Amtsgericht Mainz, Diether-von-Isenburg-Straße, 55116 Mainz, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Mainz in Erbengemeinschaft am Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 53/730, Sondereigentums-Art an der Wohnung im Hinterhaus sowie dem Raum im Kellergeschoss, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 9, Blatt 15701 BV 1; an Grundstück Gemarkung Mainz Flur 10 Flurstück Nr. 162, Gebäude- und Freifläche, Neckarstraße 6, 280 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Eigentumswohnung im ausgebauten Dachgeschoss in dreigeschossigem Hinterhaus eines mit zwei Gebäuden bebauten Grundstücks, Baujahr ca. 1907, Wohnfläche ca. 45 qm, Kellerraum; Verkehrswert: 64.400,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 23. Februar 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mainz, den 1. Oktober 2018

- 260 K 13/18 - Das Amtsgericht

4763.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Dienstag, dem 26. Februar 2019, 14.30 Uhr**, Raum 16, Sitzungssaal, Amtsgericht Mainz, Diether-von-Isenburg-Straße, 55116 Mainz, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Mainz in Erbengemeinschaft am Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 52/730, Sonderei-

gentums-Art an der Wohnung im Hinterhaus sowie dem Raum im Kellergeschoss, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 6, Blatt 15698 BV 1; an Grundstück Gemarkung Mainz Flur 10 Flurstück Nr. 162, Gebäude- und Freifläche, Neckarstraße 6, 280 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Eigentumswohnung im Erdgeschoss eines dreigeschossigen Hinterhauses eines mit zwei Gebäuden bebauten Grundstücks, Baujahr ca. 1907, Wohnfläche ca. 48 qm, Kellerraum; Verkehrswert: 70.600,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 23. Februar 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mainz, den 1. Oktober 2018

- 260 K 14/18 - Das Amtsgericht

4764.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 19. Februar 2019, 14.30 Uhr**, Raum 16, Sitzungssaal, Amtsgericht Mainz, Diether-von-Isenburg-Straße, 55116 Mainz, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Dexheim lfd. Nr. 1 Gemarkung Dexheim Flur 16 Flurstück Nr. 127/1, Hof- und Gebäudefläche, Am Hesseneck 22, 362 m², Blatt 1611 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Dexheim Flur 16 Flurstück Nr. 129/1, Hofraum, Am Hesseneck 22, 8 m², Blatt 1611 BV 2. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): freistehendes Wohnhaus bestehend aus einem Vollgeschoss nebst ausgebautem Dachgeschoss mit insg. ca. 88 m² Wohnfläche, teilunterkellert, Scheune, erheblicher Investitions-Reparaturstau; Verkehrswert: 69.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Hoffläche; Verkehrswert: 1000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 8. März 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mainz, den 28. September 2018

- 260 K 16/18 - Das Amtsgericht

4765.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Mittwoch, dem 16. Januar 2019, 10.00 Uhr**, Raum 12, Sitzungssaal, Amtsgericht Mayen, St. Veit-Straße 38, 56727 Mayen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Kollig Gemarkung Kollig Flur 7 Flurstück Nr. 43, Hofraum, Kollig Hs.Nr. 2, 1590 m², Blatt 870 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnhaus mit Nebengebäude. Ein auf dem Grundstück befindliches Nebengebäude ist abbruchreif. Das Gebäude ist derzeit unbewohnt und im derzeitigen Zustand auch nicht bewohnbar. Die Garage und der Spitzboden konnten nicht besichtigt werden. Es sind erhebliche Investitionen erforderlich um das Gebäude zu sanieren und vorhandene Schäden zu beseitigen. Verkehrswert: 70.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 26. Januar 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mayen, den 15. Oktober 2018

- 2 K 4/18 - Das Amtsgericht

4766.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Mittwoch, dem 23. Januar 2019, 10.00 Uhr**, Raum 12, Sitzungssaal, Amtsgericht Mayen, St. Veit-Straße 38, 56727 Mayen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Mayen Gemarkung Mayen Flur 4 Flurstück Nr. 61/11, Gebäude- und Freifläche, Katzenberger Weg 52, 695 m², Blatt 3752 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Doppelhaushälfte (Einfamilienhaus) und Garage. Die Doppelhaushälfte und die Garage wurden in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre errichtet. Das als Einfamilienhaus konzipierte Wohnhaus verfügt über ein Keller-, Erd-, Ober- und Dachgeschoss. Bei der Giebelwand handelt es sich um eine einschalige gemeinsame Wand mit dem Nachbarhaus, die privatrechtlich durch ein Giebelanbaurecht, im Grundbuch zugunsten des jeweiligen Eigentümers des Nachbargrundstücks gesichert ist. Verkehrswert: 127.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 26. Januar 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mayen, den 15. Oktober 2018

- 2 K 13/18 - Das Amtsgericht

4767.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 19. Dezember 2018, 14.00 Uhr**, Raum C 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Neustadt an der Weinstraße, Robert-Stolz-Straße 20, 67433 Neustadt an der Weinstraße, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Haardt Gemarkung Neustadt an der Weinstraße Flur/Flurstück 2275, Hof- und Gebäudefläche, Frühlingsstraße 3, 571 m², Blatt 1363, BV 2. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück bebaut mit 2-geschossigem Einfamilienhaus, freistehend, unterkellert mit Anbau und Einzelgarage, Gesamtwohnfläche 138 qm, Gesamtgrundstücksgröße 571 qm. Das Objekt ist eigen genutzt. Objektadresse: Frühlingsstraße 3, 67434 Neustadt; Verkehrswert: 306.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. Dezember 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Neustadt an der Weinstraße, den 29. Oktober 2018

- K 35/15 - Das Amtsgericht

4768.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Dienstag, dem 15. Januar 2019, 9.00 Uhr**, Raum 27, Sitzungssaal, Amtsgericht Pirmasens, Bahnhofstraße 22 - 26, 66953 Pirmasens, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Vinningen lfd.Nr. 1 Gemarkung Vinningen Flur/Flurstück 91/2, Gebäude- und Freifläche, Zweibrücker Straße 30, 424 m², Blatt 1972 BV 2; lfd.Nr. 2 Gemarkung Vinningen Flur/Flurstück 326/38, Erholungsfläche, Pirmasenser Straße, 1118 m², Blatt 1972 BV 3; lfd.Nr. 3 Gemarkung Vinningen Flur/Flurstück 2146/2, Erholungsfläche, Landwirtschaftsfläche, Verkehrsfläche, Auf Hobels gegen den Seilbrunnen, 1270 m², Blatt 1972 BV 4; lfd.Nr. 4 Gemarkung Vinningen Flur/Flurstück 2146/3, Landwirtschaftsfläche, Verkehrsfläche, Auf Hobels gegen den Seilbrunnen, 1270 m², Blatt 1972 BV 5; lfd.Nr. 5 Gemarkung Vinningen Flur/Flurstück 2206, Landwirtschaftsfläche, Auf Hobels gegen den Seilbrunnen, 1330 m², Blatt 1972 BV 6; lfd.Nr. 6 Gemarkung Vinningen Flur/Flurstück 2053, Landwirtschaftsfläche, Waldfläche, Auf Hobels, 720 m², Blatt 1972 BV 7. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sach-

verständigen): Verkehrswert: 175.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 500,- EUR. Lfd. Nr. 3 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 570,- EUR. Lfd. Nr. 4 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 760,- EUR. Lfd. Nr. 5 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 800,- EUR. Lfd. Nr. 6 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 360,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 24. November 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Pirmasens, den 26. Oktober 2018

- 2 K 69/17 - Das Amtsgericht

4769.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Bisterschied Blatt 572 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Montag, dem 14. Januar 2019, um 13.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle, Kreuznacher Straße 37, 67806 Rockenhausen, Sitzungssaal 2, versteigert werden.

Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 1 Gemarkung Bisterschied Flurstück 1030/8, Hof- und Gebäudefläche, Bisterschied Hs. Nr. 1, zu 590 m²; Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 2 Gemarkung Bisterschied Flurstück 1034, Landwirtschaftsfläche, Am Dunggässel, zu 2860 m². Tatsächliche Lage: Rockenhauser Straße 8, 67806 Bieterschied. Verkehrswerte gemäß § 74 a Abs. 1 ZVG: Flurstück 1030/8 Verkehrswert: 60.000,- EUR, Hälfteanteil jeweils: 30.000,- EUR; Flurstück 1034 Verkehrswert: 4600,- EUR, Hälfteanteil jeweils: 2300,- EUR. Zubehör (Photovoltaikanlage): Verkehrswert: 17.000,- EUR, Hälfteanteil jeweils: 8500,- EUR. Insgesamt: 81.600,- EUR, Hälfteanteil 40.800,- EUR.

Lt. vorliegendem Verkehrswertgutachten ist das Flurstück 1030/8 mit einem ca. 1900 errichteten, freistehenden, eingeschossigen (Dachgeschoss ausgebaut), teilunterkellerten Einfamilienwohnhaus nebst Wintergarten, Terrasse sowie einem Anbau (Holzlager) mit einer Wohn-/Nutzfläche von ca. 128 m² bebaut. Bei Flurstück 1034 handelt es sich um als Holzlagerplatz und Obstwiese genutztes Grünland. Durch die vorstehende Terrasse/den Wintergarten liegt ein Eigengrenzüberbau vor.

Bereits in einem früheren Termin wurde der Zuschlag wegen Nichterreichens der 5/10-Grenze bzw. 7/10-Grenze des Verkehrswertes gemäß §§ 85 a, 74 a ZVG versagt. Grenzen nach §§ 74 a, 85 a ZVG bestehen daher nun nicht mehr.

Beschlagnahme: 24. August 2016.

Nähere Informationen unter www.immobiliienpool.de.

Rockenhausen, den 8. Oktober 2018

- 1 K 88/16 - Das Amtsgericht

4770.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Rockenhausen Blatt 2602 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Montag, dem 21. Januar 2019, um 13.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle, Kreuznacher Straße 37, 67806 Rockenhausen, Sitzungssaal 2, versteigert werden.

Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 6 Gemarkung Rockenhausen Flurstück 5141/4, Gebäude- und Freifläche, Luitpoldstraße 69, zu 473 m². Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. 1 ZVG:

Grundstück: 130.000,- EUR. Bereits in einem früheren Termin wurde der Zuschlag wegen Nichterreichens der 5/10-Grenze bzw.

7/10-Grenze des Verkehrswertes gemäß §§ 85 a, 74 a ZVG versagt. Grenzen nach §§ 74 a, 85 a ZVG bestehen daher nun nicht mehr.

Lt. vorliegendem Verkehrswertgutachten ist das Grundstück mit einem ca. 1900 errichteten, mehrfach umgebauten Wohnhaus (Dachgeschoss teilweise ausgebaut)/Nebengebäude sowie einer ca. 1970 errichteten Garage mit einer Wohn-/Nutzfläche von ca. 197 m² bebaut.

Beschlagnahme: 29. Januar 2018.

Nähere Informationen unter www.immobilienspool.de.

Rockenhausen, den 1. Oktober 2018

- 1 K 6/18 - Das Amtsgericht

4771.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Höringen Blatt 651 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Donnerstag, dem 17. Januar 2019, um 9.30 Uhr**, an der Gerichtsstelle, Kreuznacher Straße 37, 67806 Rockenhausen, Sitzungssaal 2, versteigert werden.

Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 1 Gemarkung Höringen Flurstück 168/5, Bergstraße 18, Hof- und Gebäudefläche, zu 993 m². Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. 1 ZVG: Grundstück: 123.000,- EUR.

Lt. vorliegendem Verkehrswertgutachten ist das Grundstück mit einem ca. 1980 errichteten, eingeschossigen, unterkellerten Einfamilienwohnhaus (Massa Fertighaus Typ 80) mit einer Wohn-/Nutzfläche von ca. 117 m² sowie einer Doppelgarage bebaut.

Beschlagnahme: 22. März 2018.

Nähere Informationen unter www.immobilienspool.de.

Rockenhausen, den 9. Oktober 2018

- 1 K 72/18 - Das Amtsgericht

4772.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 5. Februar 2019, 11.00 Uhr**, Raum 118, Sitzungssaal, Amtsgericht St. Goar, Bismarckweg 3 - 4, 56329 St. Goar, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Weisel Gemarkung Weisel Flur 9 Flurstück Nr. 86, Gebäude- und Freifläche, Neustraße 6, 308 m², Blatt 1844 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): freistehendes, teilunterkellertes, zweigeschossiges Wohnhaus, Fachwerkbauweise, Baujahr 1800 und teilweise modernisiert im Jahr 2005. Das Dachgeschoss ist ausgebaut; Verkehrswert: 88.700,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 17. Oktober 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

St. Goar, den 18. Oktober 2018

- 1 K 37/17 - Das Amtsgericht

4773.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 12. Februar 2019, 11.00 Uhr**, Raum 118, Sitzungssaal, Amtsgericht St. Goar, Bismarckweg 3 - 4, 56329 St. Goar, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Weyer lfd. Nr. 1 Gemarkung Weyer Flur 18 Flurstück Nr. 26/14, Gebäude- und Freifläche/Am Sonnenhang 17, 768 m²,

Blatt 647 BV 2; lfd. Nr. 2 Gemarkung Weyer Flur 18 Flurstück Nr. 164/2, Gebäude- und Freifläche/Am Sonnenhang 17, 77 m², Blatt 647 BV 3. Lfd. Nr. 1: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Das Grundstück ist bebaut mit einem Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung. Baujahr ca. 1974; Verkehrswert: 114.000,- EUR. Lfd. Nr. 2: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Es handelt sich um einen Garten; Verkehrswert: 1440,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 18. Dezember 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

St. Goar, den 23. Oktober 2018

- 1 K 41/17 - Das Amtsgericht

4774.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 19. Februar 2019, 11.00 Uhr**, Raum 118, Sitzungssaal, Amtsgericht St. Goar, Bismarckweg 3 - 4, 56329 St. Goar, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Bornich lfd. Nr. 1 Gemarkung Bornich BV 6 Flur 27 Flurstück Nr. 3/5, Gebäude- und Freifläche/Rheinstraße, 380 m², Blatt 1630; lfd. Nr. 3 Gemarkung Bornich BV 2 Flur 27 Flurstück Nr. 7, Gebäude- und Freifläche/Rheinstraße 9, 773 m², Blatt 1630. Lfd. Nr. 1: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): unbebaut; Verkehrswert: 5000,- EUR. Lfd. Nr. 3: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): das Grundstück ist bebaut mit zwei Einfamilienwohnhäusern; Verkehrswert: 101.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Dezember 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

St. Goar, den 24. Oktober 2018

- 1 K 43/17 - Das Amtsgericht

4775.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 29. Januar 2019, 11.00 Uhr**, Raum 118, Sitzungssaal, Amtsgericht St. Goar, Bismarckweg 3 - 4, 56329 St. Goar, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Bad Salz lfd. Nr. 1 Gemarkung Bad Salz BV 1 Flur 3 Flurstück Nr. 353/1, Gebäude- und Freifläche, Binger Straße 10, 102 m², Blatt 3984 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Bad Salz BV 2 Flur 4 Flurstück Nr. 31/2, Erholungsfläche, Binger Straße, 192 m², Blatt 3984 BV 2; lfd. Nr. 3 Gemarkung Bad Salz BV 3 Flur 4 Flurstück Nr. 31/3, Erholungsfläche, Binger Straße, 175 m², Blatt 3984 BV 3. Lfd. Nr. 1: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Das Grundstück ist bebaut mit einem zweigeschossigen Wohn- und Geschäftshaus mit zwei Ladengeschäften im Erdgeschoss und einer Wohneinheit in den darüber liegenden Wohngeschossen; Verkehrswert: 120.000,- EUR. Lfd. Nr. 2: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Gartenlandgrundstück bebaut mit unterkellertem, massiv gebautem Gartenhaus aus den 1950er Jahren, welches über die Grundstücksgrenze auch auf dem Grundstück 31/3 gebaut wurde; Verkehrswert: 7880,- EUR. Lfd. Nr. 3: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Gartenlandgrundstück bebaut mit unterkellertem, massiv gebautem Gartenhaus aus den 1950er Jahren, welches über die Grundstücksgrenze auch auf dem Grundstück 31/2 gebaut wurde; Verkehrswert: 8330,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 11. April 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

St. Goar, den 12. Oktober 2018

- 1 K 3/18 - Das Amtsgericht

4776.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Donnerstag, dem 21. Februar 2019, 10.30 Uhr**, Raum 56, Sitzungssaal, Amtsgericht Trier, Justizstraße 2, 4, 6, 54290 Trier, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Wiltingen Gemarkung Wiltingen Flur 32 Flurstück Nr. 75, Gebäude- und Freifläche, Brückenstraße 306, 616 m², Blatt 3755 BV 8 (Wohnhaus: zweigeschossig, einseitig unterkellert; Kriechkeller; nicht ausgebautes Dachgeschoss; 2 Garagen; 191 qm Wohnfläche; 616 qm Grundstück). Verkehrswert: 152.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 25. April 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Trier, den 25. Oktober 2018

- 23 K 43/17 - Das Amtsgericht

4777.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Dienstag, dem 5. März 2019, 9.30 Uhr**, Raum 1, Sitzungssaal, Amtsgericht Westerburg, Wörthstraße 14, 56457 Westerburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Norken Gemarkung Norken Flur 17 Flurstück Nr. 2246, Landwirtschaftsfläche, Auf dem Steinstück, 650 m², Blatt 1457 BV Nr. 8. Objektbeschreibung/Lage: Grünland. Verkehrswert: 750,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Dezember 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerburg, den 22. Oktober 2018

- 12 K 96/17 (2) - Das Amtsgericht

4778.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Dienstag, dem 12. März 2019, 9.30 Uhr**, Raum 1, Sitzungssaal, Amtsgericht Westerburg, Wörthstraße 14, 56457 Westerburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Norken Gemarkung Norken Flur 18 Flurstück Nr. 2301, Landwirtschaftsfläche, Im Niederfeld, 2148 m², Blatt 1457 BV Nr. 9. Objektbeschreibung/Lage: Grünland. Verkehrswert: 2150,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Dezember 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerburg, den 22. Oktober 2018

- 12 K 97/17 - Das Amtsgericht

4779.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 27. März 2019, 9.45 Uhr**, Raum 1, Sitzungssaal, Amtsgericht Westerburg, Wörthstraße 14, 56457 Westerburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Wahlrod Gemarkung Wahlrod Flur 35 Flurstück Nr. 3129/5, Gebäude- und Freifläche, Wiesenstraße 6, 589 m², Blatt 1531 BV Nr. 1. Objektbeschreibung: Das Grundstück ist mit einem freistehenden, zweigeschossigen, voll unterkellerten Einfamilien-Wohnhaus mit Anbau und grenzstän-

dig aufgestellter Fertiggarage bebaut; Verkehrswert: 47.300,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Fr. Helga Feistel, Tel. 0261 393-3257.

Der Versteigerungsvermerk ist am 6. April 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerburg, den 26. Oktober 2018

- 13 K 15/18 -

Das Amtsgericht

4780.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 8. Januar 2019, 14.00 Uhr**, Raum Sitzungssaal 3, Amtsgericht Zweibrücken, Herzogstraße 2, 66482 Zweibrücken, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Zweibrücken 1/2-Anteil Schuldnerin zu 1. an lfd.Nr. 1 Gemarkung Zweibrücken Flur/Flurstück 2005/28, Gebäude- und Freifläche, Schillerstraße 33, 259 m², Blatt 7054 BV 3. Eingetragen im Grundbuch von Zweibrücken 1/2-Anteil Schuldner zu 2. an lfd.Nr. 2 Gemarkung Zweibrücken Flur/Flurstück 2005/28, Gebäude- und Freifläche, Schillerstraße 33, 259 m², Blatt 7054, BV3. Lfd. Nr. 1 Objektbe-

schreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück, bebaut mit einem 2-geschossigen Zweifamilienhaus in Massivbauweise, Bj. ca. 1962; unterkellert; Gasetagenheizung; kein Energieausweis; Verkehrswert: 69.500,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück, bebaut mit einem 2-geschossigen Zweifamilienhaus in Massivbauweise, Bj. ca. 1962; unterkellert; Gasetagenheizung; kein Energieausweis; Verkehrswert: 69.500,- EUR.

Weitere Informationen sind im Internet unter www.immobilienspool.de zu finden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 3. November 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Zweibrücken, den 24. Oktober 2018

- 1 K 23/17 -

Das Amtsgericht

4781.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Freitag, dem 1. Februar 2019, 9.00 Uhr**, Sitzungssaal 2, Amtsgericht Zweibrücken, Herzogstraße 2, 66482 Zweibrücken, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Zweibrücken lfd. Nr. 1 Gemarkung Zweibrücken Flur/Flurstück Nr.

636, Gebäude- und Freifläche, Alte Ixheimer Straße 3, 167 m², Blatt 8890 BV 2; lfd. Nr. 2 Gemarkung Zweibrücken, Flur/Flurstück Nr. 635, Gebäude- und Freifläche, Alte Ixheimer Straße 1, 589 m², Blatt 8890 BV 1. Lfd. Nr. 1: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohn- und Geschäftshaus, Baujahr ca. 1900, beidseitig angebaut, EG, 1. und 2. OG, unterkellert; wirtschaftliche Einheit mit Flst. 635 (Baulast: für die Dauer der Bebaubarkeit als Grundstückseinheit zusammengefasst); Nutzfläche überschlägig zusammen ca. 950 qm; Begutachtung erfolgte von außen; Verkehrswert: 26.000,- EUR. Lfd. Nr. 2: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohn- und Geschäftshaus, Baujahr ca. 1900, beidseitig angebaut, EG 1. und 2. OG, unterkellert; wirtschaftliche Einheit mit Flst. 636 (Baulast: für die Dauer der Bebaubarkeit als Grundstückseinheit zusammengefasst); Nutzfläche überschlägig zusammen ca. 950 qm; Begutachtung erfolgen von außen; Verkehrswert: 90.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.immobilienspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Dezember 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Zweibrücken, den 11. Oktober 2018

- 1 K 29/17 -

Das Amtsgericht

Staatsanzeiger

für das Land Rheinland-Pfalz

G 6436

Postvertriebsstück - Entgelt bezahlt

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Postfach 3880, 55028 Mainz
